

KULTUR - POLITIK - WIRTSCHAFT - WISSENSCHAFT

Weiß-Blaue RUNDSCHAU

für Altbayern, Franken und Schwaben



- 1000 Jahre
jüdisches Leben in Bayern
- Föderalismus: Gastbeiträge von
Landtagspräsidentin Ilse Aigner
und Manfred Weber

Bayern - Freistaat mit Zukunft

Bayern – lebens- und liebenswert durch eine große Vielfalt von wunderbarer Natur, intakten Dorfgemeinschaften und pulsierendem Leben in den Metropolregionen. Die Welt schätzt Bayern für seine Kultur und als wirtschaftlich erfolgreiche Spitzenregion. Trotzdem ist Aufmerksamkeit gefordert: Der rasante politische und gesellschaftliche Wandel gefährdet unsere bayerische Lebensart.

Aus dieser Erkenntnis heraus schließen sich bayerisch gesinnte Bürger seit fast 100 Jahren im Bayern-

bund e.V. zusammen. Verwurzelt in Geschichte und Tradition sind wir offen für Neues und bereit, die Zukunft unseres Landes aktiv mitzugestalten. Der Bayernbund versteht sich als überparteiliche Organisation für staatsbewusste und landesverbundene Bürgerinnen und Bürger in oder aus Bayern. Er befasst sich mit dem staatspolitischen Geschehen in und um Bayern, der Geschichte und Kultur sowie der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Interessenten finden Erläuterungen zum Bayernbund, seiner Geschichte

und seiner Ziele sowie eine Beitritts-erklärung im Internet unter www.Bayernbund.de. Als Verbandsorgan des Bayernbundes dient die „Weiß-Blaue Rundschau“, die alle Mitglieder kostenlos erhalten. Berichte aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft finden sich auch auf unserer Homepage unter https://www.bayernbund.de/aktuelles_landesverband/ oder auf Facebook unter www.facebook.com/BayernbundLandesverband. Regionale Verbände wirken dabei mit, unsere Ziele umzusetzen und die bayerische Lebensart zu erhalten. ■

Landesverband:

Gabriele Then
Münchener Str. 41
83022 Rosenheim
Telefon: 08031/9019140
Telefax: 08031/9019189
Email: postfach@bayernbund.de
Frau Then erreichen Sie
Mittwochs von 9:00 - 12:00 Uhr
persönlich am Telefon

Kreisverband Dachau:

Dr. Edgar Forster
Hackenängerstr. 26, 85221 Dachau
Telefon: 08131/85108
Email: e.forster@aura-personal.de

Kreisverband Deggendorf:

Kreisvorsitzender
Thomas Mittermeier
Reisach 4, 94486 Osterhofen
Telefon: 09932/959267
Email: t.mittermeier@artholz.bayern

Bezirksverband Franken:

Thomas Blösel
Peter-Flötner-Str. 30, 90766 Fürth
Telefon: 0160/4707311
Email: bloesel-privat@t-online.de

Kreisverband Kempten:

Kreisverband
Memmingen/Unterallgäu:
Dr. Franz-Rasso Böck
Aurikelweg 33, 87439 Kempten
Email: bayernbund-kempten@web.de

Kreisverband München und Umgebung:

Hubert Dorn, Bezirksrat
Flüggenstr. 6, 80639 München
Telefon 089/176291
Email: hubert.dorn@gmx.de

Kreisverband Neustadt/Wn, Weiden, Tirschenreuth:

Komm. Kreisvorsitzender
Georg Stahl, MdL a.D.
Schulstr. 6, 92712 Pirk
Telefon: 0961/7912

Kreisverband Oberland:

Anian Bichlmaier
Bürg 23, 83627 Warngau
Email: AnianBichlmaier@t-online.de

Kreisverband Passau:

Horst Wipplinger,
1. Bürgermeister a.D.
Kinsing 4b, 94121 Salzweg

Kreisverband Regensburg:

Konrad Schwarzfischer
Schulstr. 19, 93087 Alteglofsheim
konrad.schwarzfischer@t-online.de

Kreisverband Rosenheim:

Christian Glas
Föhrenstr. 15, 83125 Eggstätt
Email:
info@bayernbund-rosenheim.de

Kreisverband Traunstein:

Dr. Franz-Xaver Heigenhauser
Bachmayerstr. 1, 83278 Traunstein
Telefon: 0160/1836605
Email: franz.heigenhauser@web.de

Kreisverband Weilheim-Schongau/ Garmisch-Partenkirchen:

Ludwig Bertl
Am Südhang 12
82401 Rottenbuch
Telefon: 08867/1281
Email: ludwig.bertl@t-online.de

Kreisverband Holledau:

Kommissarische Vorsitzende
Monika Kaltner
Kirchenäcker 10, 84048 Mainburg ■

Liebe Mitglieder des Bayernbundes, liebe Leser der Weiß-Blauen Rundschau!

Ein herzliches Grüß Gott in unserer April/Mai-Ausgabe im 64. Jahrgang der Weiß-Blauen Rundschau.

Das Frühjahr ist die Zeit, um das Werkzeug in die Hand zu nehmen, in der Landwirtschaft die Felder zu bestellen und auch die Hobbygärtnerin überlegt, was man im Laufe des Jahres ernten will. Genauso ist es bei den Vereinsvorständschaften und ihren Vorsitzenden. Sie überlegen in den ersten Sitzungen des Jahres wie der Jahresplan und die Aktivitäten aussehen könnten und welches Werkzeug sie dazu haben.

Auch mir ergeht es so am Anfang des Jahres: man macht sich Gedanken, was wir heuer im Bayernbund auf den Weg bringen können und welche Instrumente wir hierfür brauchen. Sicherlich ist es z.Z. kein einfacher Jahresbeginn für Planungen - aber auch der Landwirt bestellt die Felder und weiß nicht, wie viele Unwetter kommen könnten. Er denkt positiv und beginnt mit der passenden Gerätschaft seine Arbeit.

So ein Werkzeug für uns ehrenamtlich Aktive könnte der „Pakt für das Ehrenamt“ sein, mit dem Untertitel: „Bayerischer Weg zu weniger Bürokratie“. Diesen Pakt für das Ehrenamt durfte ich als kommissarischer Sprecher der Bürgerallianz Bayern zusammen mit weiteren Verbänden und der Staatsministerin Caroline Trautner, dem Staatsminister Dr. Florian Herrmann, der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt Eva Gottstein sowie dem Beauftragten für Bürokratieab-

bau der bayerischen Staatsregierung Walter Nüssel unterzeichnen. Dieser „Pakt“ soll das Ehrenamt unterstützen, das vom „eigenen Antrieb“ und nicht von „Verordnungen“ lebt und die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Tun und Wirken erleichtern.

So sind darin für die Zukunft wiederkehrende Treffen zum Thema „Ehrenamtliches Wirken“ festgeschrieben worden, denn der Bürokratieabbau ist mittlerweile zu einer Daueraufgabe herangewachsen. Durch eingebrachte Berichte aus der Praxis sollen Vorschriften und Regelungen rechtzeitig geändert und bei Bedarf gekürzt werden können. Weitere Bausteine sind die Vernetzung und Beratung sowie die Fortbildung und Hilfestellung für Ehrenamtliche, wie das zum Beispiel mit dem „Leitfaden für Vereinsfeiern“ schon geschehen ist.

Auch der bayerische Weg in Sachen Datenschutz wurde durch die Mitwirkung von ehrenamtlichen Aktiven verändert, wobei es gerade hier sicherlich noch mehr Ansatzpunkte für so manche Anpassung gäbe.

Wir Ehrenamtliche wollen Kooperation und eine frühzeitigere Einbindung der Verbände bei der Änderung von Gesetzen oder Verordnungen. Oftmals kommt die Anhörung direkt vor der Sommerpause oder zum Jahresende mit so knapper Frist, dass eine Stellungnahme bzw. Änderung kaum mehr möglich ist. Eine Einbeziehung im Vorfeld böte für beide Seiten erhebliche Vorteile und wir Ehrenamtliche



Sebastian Friesinger

würden gerne mit fundiertem Fachwissen helfen, um dieses „Werkzeug“ laufend zu verbessern. Im Ehrenamtsakt nennt man dies „Ehrenamtssensibler Vollzug“. Sollte dieser Vollzug sowie angepasste Regeln für Steuern und Gemeinnützigkeit das Ehrenamt auf breiter Basis unterstützen, wäre dieser Pakt eine große Chance, um ein gutes Werkzeug zu werden!

Zeit und Mühe der Ehrenamtler sollen nicht in den Mühlen der Bürokratie zermahlen werden, heißt es in dem Pakt – zusammengefasst in: „Mehr Ehre - weniger Amt!“. Und wenn dies ernst gemeint in Angriff genommen wird, wird es nach Vereinswahlen wieder öfters heißen: „Ja, ich nehme die Wahl an!“. Der „Pakt für das Ehrenamt“ wäre dann ein gutes Werkzeug für uns Ehrenamtliche.

Sebastian Friesinger
Bezirksrat, Landesvorsitzender

Die Weiß-Blau Rundschau ist das offizielle Organ des Bayernbund e. V.

Editorial	3
1000 Jahre jüdisches Leben in Bayern	4
Kommentar	7
Kleine Schätze aus aus Bayerns Geschichte	7

GASTBEITRÄGE

Föderalismus und Pandemie	8
Europa wächst durch seine Regionen zusammen	10

AUS DEM ARCHIV DES BAYERNBUNDES

KULTUR

Dem schleichenden Verlust an Kulturlandschaft entgegenwirken	16
Projekt „Mitn Redn kemman d'Leit z'somm	18
Nachruf auf Fritz Mayr	20
Im Labyrinth der Zeit	21

GREMIEN, VERBÄNDE, LANDESVORSITZENDER

Ehrenamt braucht Freiraum	22
Gedanken zum Ehrenamt	23

Den Blick nach vorne richten	24
Termine	24
Veranstaltungshinweis	24
Wege durch die Unterwelt	25

BUCHVORSTELLUNG

Wichtiger Hinweis auf die heimatliche Baukultur	26
--	----

LESERBRIEF

BUCHVORSTELLUNG

27

27

In Bayern existiert jüdisches Leben seit 1000 Jahren

Das Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland war der Anlass für ein Pressegespräch der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch und dem Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung Dr. Ludwig Spaenle MdL mit dem Landesvorsitzenden des Bayernbundes Sebastian Friesinger und WBR-Redakteur Fritz Lutzenberger.

Das Jubiläum geht auf die erste Nennung einer jüdischen Gemeinde in Köln in einem Edikt des römischen Kaisers Konstantin im Jahr 321 zurück. Dr. Spaenle führte aus, dass jüdisches Leben in Bayern rund 1.000 Jahre urkundlich belegt sei. Die ältesten Funde gibt es in Regensburg um das Jahr 980. Die Urkunde in Köln hatte nicht nur in der Stadt Köln, sondern im gesamten Reich Gültigkeit, also auch zum Beispiel in Regensburg.



Foto: Von Freud - Eigenes Werk

Dr. Ludwig Spaenle MdL, Studium der Geschichte und Katholischen Theologie, 1989 Dr. phil., 2008-2018 Staatsminister für Unterricht und Kultus bzw. Wissenschaft, seit 2018 Sprecher des „Jüdischen Forums in der CSU“, 1994-2018 und seit Mai 2020 Mitglied des Bayerischen Landtages, seit 2018 Beauftragter der bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe.

Juden wurden seitdem vielfach verfolgt und vertrieben. Was waren die Ursachen?

Minderheiten hatten zu keinem Zeitpunkt große Chancen, anerkannt zu werden. Juden konnten immer nur eine gewisse Zeit sesshaft sein und wurden nicht nur in Deutschland, sondern auch zum Beispiel in Frankreich oder der islamischen Welt verfolgt und vertrieben. Häufig passierte dies auch dann, wenn sie von den Herrschenden nicht mehr gebraucht wurden. In Bayern gab es im Mittelalter große jüdische Ansiedlungen. Die Spuren sind bis heute in vielen Dörfern in Franken, in denen es noch immer Synagogen und jüdische Friedhöfe gibt, sichtbar. Charlotte Knobloch erläuterte dies am Beispiel ihrer eigenen Familie: ihre Urgroßeltern waren Getreidehändler in Neustadt/Aisch und ihre Großeltern haben sich in Bayreuth niedergelassen bis zum Nazi-Regime. In Altbayern hat es dagegen bis ins 19. Jahrhundert kaum jüdischen Gemeinden gegeben. Die



Charlotte Knobloch, geboren 1932 in München, seit 1985 Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, 2005 bis 2013 Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses (WJC), 2003 bis 2010 Vizepräsidentin des Europäischen Jüdischen Kongresses (EJC), vom 7. Juni 2006 bis zum 28. November 2010 Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, vorher seit 1997 dessen Vizepräsidentin.

Vertreibung der Juden vollzog sich in Wellen. Die erste war während der Kreuzzüge, als die Juden als Christusmörder bezeichnet wurden. Eine weitere Welle ereignete sich zur Zeit der Pestepidemien. Damals wurden die Juden als Brunnenvergifter tituliert und verfolgt.



Spitzengespräch im Jüdischen Zentrum in München mit der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde für München und Oberbayern, Charlotte Knobloch (Mitte), dem Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Dr. Ludwig Spaenle MdL (rechts) und dem Landesvorsitzenden des Bayernbundes Sebastian Friesinger (links).

Ausschreitungen und Vertreibungen sind im 14. und 15. Jahrhundert dokumentiert, ehe 1442 die Juden aus München und Oberbayern dauerhaft vertrieben wurden. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts siedelten sich Juden wieder in der Stadt an.

Der Antisemitismus setzte sich fort bis in die heutige Zeit.

Ein ganz aktuelles Beispiel ist QAnon in den Vereinigten Staaten, deren Anhänger die Verschwörungstheorie verbreiten, dass eine einflussreiche jüdische Gruppierung Kinder schlachte und deren Blut als Verjüngungsdroge trinke. QAnon hat mittlerweile mehrere Millionen Anhänger und organisiert sich weitgehend im Internet, hat aber auch Unterstützung auf privaten Fernsehkanälen.

Zu allen Zeiten wurden Juden verantwortlich gemacht für Krankheiten und Unfälle und mussten für diesen Irrglauben Verfolgung und Vertreibung erleiden. Meist ging die Verfolgung von den Regierenden aus und fand unter reger Teilnahme der Bevölkerung statt.

Juden lebten häufig in Ghettos und wurden stigmatisiert. Hitler konnte während des Dritten Reiches umfangreich auf die Vergangenheit zurückgreifen, um zu lernen, wie man Juden diskriminiert. Die Farbe Gelb als Kennzeichnung geht zurück bis ins Mittelalter. Charlotte Knobloch geht heute noch die gelbe Farbe des Judensterns unter die Haut. Antisemitismus ist nach ihrer Einschätzung keine deutsche Erfindung, hat aber bei uns

eine ganz besonders schmerzliche Bedeutung.

Als Antisemitismus werden heute alle Formen von Judenhass, pauschaler Judenfeindlichkeit oder Judenverfolgung bezeichnet. Der Ausdruck stammt aus dem Jahr 1879 von dem deutschsprachigen Journalisten Wilhelm Marr.

Im 15. Jahrhundert wurden Juden aus vielen Regionen in Deutschland nach Süden und Osten vertrieben und sie siedelten sich zum Beispiel in Venedig, aber auch in Polen, der Ukraine und Weißrussland an. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung betrug in manchen Regionen bis zu 80 Prozent. Bereits zuvor hatte die Judenverfolgung auch eine wirtschaftliche Dimension erhalten mit dem Verbot, Grundeigentum zu erwerben oder sich handwerklich zu betätigen und dem Zinsverbot, sodass als Betätigungsfelder nur noch Handel und Geldverleih übrigblieben.

Gleichwohl wurden schon in der frühen Neuzeit von den Wittelsbachern die Dienste der Hofjuden als Bankiers gerne wieder in Anspruch genommen. 1813 erließ der bayerische Minister Montgelas das Edikt über die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche Baiern, welches die rechtlichen Verhältnisse der jüdischen Bewohner in Bayern regelte.

Die Einschreibung in Matrikel (Listen) regelte die Erfassung wohnberechtigter Juden. Da für jeden Ort eine Höchstzahl jüdischer Familien festgelegt wurde, die möglichst noch gesenkt werden sollte, beeinträchtigte die Regelung nicht nur die Freizügigkeit der Juden, sondern auch die Möglichkeit, eine Familie zu gründen, da eine Heirat von der Obrigkeit genehmigt werden musste.

Männliche Juden durften oft nicht heiraten und waren deshalb gezwungen, zum Beispiel nach Amerika auszuwandern und sich dort eine neue

Heimat zu suchen. Die Großmutter von Charlotte Knobloch hat sich selbst noch an den Besuch vom guten Onkel aus Amerika erinnern können.



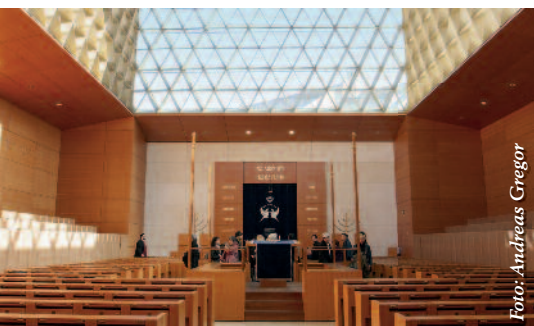
Damals kippte der Antijudaismus in einen pseudo-wissenschaftlichen Antisemitismus. Im Kaiserreich kam es zu einer dramatischen Doppelentwicklung mit der rechtlichen Gleichstellung einerseits und der Verfolgung andererseits, die letztlich in der Schoah geendet hat.

In München hat der Antisemitismus fürchterlich gewütet. Interessanterweise haben die Nazis aber die jüdischen Friedhöfe der Stadt nicht angerührt. Während des Dritten Reiches haben Menschen in den Aussegnungshallen gelebt und wurden von den Friedhofswärtern versteckt.

Antisemiten brauchen keine Juden als Ziele. Sie fühlen sich bedroht und entwickelten ihren Hass aus den bekannten alten Mustern. Diese Entwicklung können wir auch heute noch in der Coronakrise beobachten. Zu allen Zeiten gab es aber auch kirchlichen Antisemitismus, zum Beispiel in Form der alten Fassung der Oberammergauer Passionsspiele. Noch 1970 hat die Erzdiözese München und Freising dem Passionsspiel den kirchlichen Segen, die sog. Missio canonica, verweigert. Charlotte Knobloch dankt dem Spielleiter des Passionsspiels, Christian Stückl, für seinen unermüdlichen Einsatz gegen Judenass.

Wie gestaltet sich das jüdische Leben heute in Bayern?

Charlotte Knobloch ist der Bayerischen Staatsregierung ausgesprochen



Die Münchener Synagoge

Foto: Andreas Gregor

dankbar, dass sie das Judentum konsequent schützt. Gleichwohl ist die Zahl der Juden in den letzten einhundert Jahren stark zurückgegangen und den Gemeinden fehlt der Nachwuchs. Es gibt auch keine Zuwanderung mehr aus dem Osten. In Würzburg, Regensburg, München, Bayreuth, Nürnberg und Augsburg, aber auch in anderen Städten wurden in den letzten Jahren jüdische Einrichtungen neu gebaut oder renoviert. München ist die größte Gemeinde in Bayern. Dort war das Gebiet um die Reichenbachstraße ein jüdisches Viertel.

Welche Einrichtungen tragen heute das jüdische Leben in Bayern?

„Wir haben Angebote von der Geburt bis zum Friedhof!“

Bei den großen Bereichen jüdischen Lebens ist zunächst die Erziehungsarbeit zu nennen. Frau Knobloch ist stolz darauf, dass heute durchgehende Angebote von einer Kinderkrippe über Kindergartengruppen und Grundschule bis zum Gymnasium gemacht werden können, die nicht nur von jüdischen, sondern auch nichtjüdischen Kindern besucht werden.

Daneben gibt es einen Sportverein sowie ein Jugendzentrum und eine Kulturabteilung, die für alle Themen offen ist.

Derzeit zählt die Israelitische Kultusgemeinde München, die ehrenamtlich geführt wird, rund 9.500 Mitglieder. Vertiefende Informationen zur Geschichte finden Interessierte im Internet unter <https://www.ikg-m.de>.

Wie kann eine Erinnerungskultur aussehen?

Das jüdische Leben hat durch den Antisemitismus einen Riss bekommen. Gerade in der Erziehungsarbeit für die junge Generation muss durch

politische Bildung die Erinnerung wachgehalten werden. Der Landesvorsitzende des Bayernbundes, Sebastian Friesinger, bestätigte dies aus eigener Erfahrung am Beispiel eines Besuches der Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Flossenbürg.

Charlotte Knobloch schilderte eindrücklich die Verhältnisse im völlig zerstörten München aus eigener Erfahrung. Heute erfährt Deutschland, das damals faktisch nicht mehr existiert hatte, weltweit wieder große Anerkennung. Verbunden damit ist aber auch der Auftrag, sich für die Verteidigung der Menschenrechte einzusetzen. Das jüdische Leben ist dafür ein Gradmesser.

Das Jüdische Museum in München ist Teil der Erinnerungskultur.

Die Stadt München ist Träger des Jüdischen Museums am Jakobsplatz. Die Dauerausstellung Stimmen_Orte_Zeiten gibt neue Impulse und Informationen zur Münchner jüdischen Geschichte und Gegenwart.

Daneben gibt es aus Anlass des Festjahres 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland die Sonderausstellung

„Im Labyrinth der Zeiten“, über die in dieser Ausgabe der Weiß-Blauen Rundschau ein eigener Beitrag erscheint.

Welche Aufgaben hat der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung?

Dr. Ludwig Spaenle versteht sich als eine Art Ombudsmann und kümmert sich um viele Anliegen rund um die jüdische Kultur aber ganz besonders um den Antisemitismus, der nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa wieder auf dem Vormarsch ist und sich besonders im Internet organisiert.

Er regt Maßnahmen an und unterstützt bei Aufgaben, um das jüdische Leben in Bayern zu fördern und zu würdigen, um jede Form des Antisemitismus zu bekämpfen und präventiv entgegenzuwirken sowie die Erinnerungsarbeit und die Pflege des historischen Erbes zu stärken.

Es gibt keine tiefgreifenderen Vorurteile als den Antisemitismus und ist eine herausragende Aufgabe, durch politische Bildung ein Bewusstsein für diese zunehmende Gefahr zu schaffen. ■



Gang der Erinnerung – Mit einer Installation des rumänischen Künstlers Georg Soanca-Pollak erinnert die IKG im so genannten „Gang der Erinnerung“ zwischen Gemeindehaus und Hauptsynagoge an ihre 4500 Mitglieder, die zwischen 1933 und 1945 deportiert und ermordet wurden.

Kommentar zum Geschehen in Land und Stadt

Ausgerechnet ein Bayer!

Wieder einmal kommen absonderliche Gedanken und Ideen aus der politischen Blase unserer Volksvertreter in Berlin. Dass die Mittelstandsvereinigung der CDU sich mit Fragen der Effizienz des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks auseinandersetzt, mag angehen.

Eine Arbeitsgruppe der Mittelstandsunion von CDU und CSU (MIT) hält den Rundfunk generell für zu zersplittert, für zu teuer, für zu redundant in seinen Strukturen und im Hinblick auf das Programm für nicht mehr dem eigentlichen Auftrag folgend. Es soll zukünftig nur noch eine Anstalt geben. Dass sich aber ausgerechnet ein bayerischer CSU-Mann,

Stefan Müller, dafür ausspricht, ARD und ZDF zu fusionieren, verschlägt einem überzeugten Föderalisten dann doch die Sprache. Doppelstrukturen in Organisationen zu beseitigen, ist in Wirtschaftskreisen ein probates Mittel, um Kosten zu senken. Es kann aber nicht im Interesse der Nutzer sein, wenn im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk dann Zentralredaktionen auf allen Kanälen die Richtung vorgeben und einen Einheitsbrei anrühren. Bitte nicht! Dass beim Öffentlich-rechtlichen Rundfunk Reformbedarf besteht, ist unstrittig. Die Erfahrung im Wirtschaftsleben zeigt aber, dass Fusionen meist zu noch mehr Komplexität führen und die anfänglichen Ziele dann doch nicht erreicht wer-

den. Besser ist allemal der Grundsatz: Konkurrenz belebt das Geschäft!

Ist der Damm mit einer Fusion erst einmal gebrochen, so besteht die große Gefahr, dass durch die zunehmende Staatsverschuldung als Folge der Corona-Pandemie der Gedanke hochkommt, die neue Anstalt auch für private Investoren zu öffnen.

Wohin das am Ende führen kann, sieht man an vielen Beispielen in Ländern wie der Türkei oder Ungarn, in denen die Machthaber versuchen, durch die Gleichschaltung der Presse die öffentliche Meinung zu kontrollieren. Man möchte dieser Arbeitsgruppe der Mittelstandsunion zurufen: „Wehret den Anfängen!“ ■

Fritz Lutzenberger

Flucht vor der Revolution

Hubert Wolf hat in seinem Buch über Pius IX. (Der Unfehlbare) dargestellt, wie sich im Jahr 1848 vor der Revolution der Papst und die italienische Einigungsbewegung entfremdeten. Der liberale Ministerpräsident des Kirchenstaates, Graf Rossi, wurde als Verräter denunziert und fiel am 15. November einem Attentat zum Opfer.

Als am nächsten Tag eine aufgebrauchte Menge zum Quirinal zog und dort Schüsse fielen, konnte niemand mehr für die Sicherheit des Papstes garantieren. Asylangebote aus Frankreich und Spanien lehnte der Pontifex ab. Pius IX. wollte lieber nach Gaeta

im Königreich Neapel ins Exil gehen.

Am späten Nachmittag des 24. November suchte der französische Botschafter Eugène d'Harcourt den Papst in Privataudienz auf. Da den päpstlichen Wachen nicht zu trauen war, zogen sich die Männer in das Privatkabinett des Papstes zurück, in dem d'Harcourt lange und laut aus einem diplomatischen Schriftstück vorlas, währenddessen der Papst, in eine schlichte schwarze Soutane gehüllt, den Palast unerkannt durch einen Nebeneingang verließ. Mit einer Kutsche fuhr er zur Kirche Santi Marcellino e Pietro nahe dem Lateran und versteckte sich dort in der Kutsche des bayerischen Gesandten Graf Karl von

Spaur, die mit dem bayerischen Wappen versehen war. Am Stadttor bei San Giovanni in Laterano zeigte Spaur seinen Diplomatenpass vor, seine Karosse wurde nicht kontrolliert und durchgewunken. Bei Ariccia traf Graf Spaur auf seine Ehefrau Teresa Giraud. Pius IX. stieg in ihre Kutsche um und erreichte kurz nach Mitternacht neapolitanisches Staatsgebiet.

Weil sich der Bischof von Gaeta als auch der Kommandant der königlichen Festung weigerten, den Flüchtling aufzunehmen, musste schließlich König Ferdinand aus Neapel anreisen, um den Pontifex in seinem Land willkommen zu heißen und standesgemäß unterzubringen. “ ■



Foto: Rolf Poss

Ilse Aigner
Präsidentin des Bayerischen Landtags

Lockdown ohne Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten. Es gibt Staatsrechtler, die sagen, rechtlich betrachtet, brauche man für einen sogenannten Lockdown keine Ministerpräsidentinnen und -präsidenten. Artikel 74 des Grundgesetzes gebe dem Bund in Absatz 1 Nummer 19 die Gesetzgebungskompetenz für alle Maßnahmen gegen gemeingefährliche oder übertragbare Krankheiten. Tatsache ist: Der Bund dominiert zwar die Gesetzgebung, nicht aber deren Ausführung – im Wissen um die freiheitssichernde Wirkung föderaler Machtbegrenzung und die starke Stellung der Bundesländer im Verfassungsgefüge. Dennoch war die Pandemie für den Föderalismus eine außerordentliche Bewährungsprobe

Er hat sie bestanden – auch aufgrund seiner langen Tradition. Weder in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch nach dem Ersten Weltkrieg konnte sich die preußische Hegemonialmacht gegen die starken Länder im Süden durchsetzen. Und auch 1949, als es um die Wiederaufnahme des Bundesstaatsprinzips in das Grundgesetz ging – heute in Artikel

Föderalismus und Pandemie

von Landtagspräsidentin Ilse Aigner MdL

20 Absatz 1 geregelt –, galt das Hauptaugenmerk der Machtbegrenzung des Bundes und der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern. Das ist fundamental für das Selbstverständnis unseres Landes, festgehalten in der sogenannten Ewigkeitsklausel in Art. 79 Abs. 3 des Grundgesetzes. Sie enthält die Gliederung des Bundes in Länder und die Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung. Der Bundesrat, dem diese Mitwirkung obliegt, wird aus gutem Grund das „ewige Organ“ genannt.

Krise des Föderalismus?

Und dennoch gibt es eine gewisse Gereiztheit gegenüber dem Föderalismus. Seit Beginn der Pandemie werden die kritischen Töne lauter und schriller: Der Föderalismus sei, so ist zu hören, erkennbar an seine Grenzen gestoßen. Zu viele Ministerpräsidentinnen und -präsidenten würden versuchen, nach eigenen Regeln zu verfahren. Das sei schädlich für das Gemeinwohl, denn aus virologischer Sicht wären einheitliche Maßnahmen geboten. Die Frage ist aber, ob einheitliche Maßnahmen auch effiziente Maßnahmen sind. Abschließend beantworten lässt sich das wohl nicht.

Das Bundesgesundheitsministerium hat zwar wohl alle Möglichkeiten zum Erlass von Rechtsverordnungen auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes genützt. Soweit das Gesetz die Kompetenz aber bei den Ländern verortet, bleibt dem Bund gar nichts anderes übrig, als die entsprechenden Rechtsverordnungen den Ländern zu überlassen. Der Bund setzt also auch in der Krise auf Landesregierungen, die Verantwortung übernehmen und selbst gestalten wol-

len. Für beide – Bund und Länder – ist die Pandemie ein bislang nicht gekannter Stresstest, in dem sie mehr als je zuvor eine doppelte Verantwortung tragen: für das große Ganze wie für seine Teile. Und auch dem einzelnen Bürger ist eine Verantwortung zugewachsen, die er so bislang nicht kannte. Dass hier Fehler und Fehleinschätzungen unterlaufen, ist verständlich. Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Föderalismus begründet das aber nicht. Im Übrigen genügt ein Blick über die Grenze in unser Nachbarland Frankreich, das zentralistisch regiert wird, um zu beweisen, dass die föderale Ordnung ihre Vorzüge hat – vor allem, wenn es um Bürgernähe und Vermittelbarkeit politischer Entscheidungen geht.

Entscheidungen zu langsam?

Nachdem Ende Februar 2020 mehrere Covid-19-Fälle festgestellt wurden, stiegen die Zahlen der täglichen Neuinfektionen innerhalb der ersten zwei Märzwochen sprunghaft an. Am 12. März fand deshalb ein Treffen der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin statt. Dabei einigte man sich auf Versammlungsverbote und Schulschließungen. Vier Tage später, am 16. März, waren von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen alle Schulen und Kitas geschlossen. Für die Kinder berufstätiger Eltern in systemrelevanten Berufen wurde eine Notbetreuung angeboten. In der Woche zuvor hatten bereits 14 von 16 Ländern erste Versammlungsverbote erlassen, die letzten beiden Länder folgten am 17. März. Auch bei den Lockdown-Entscheidungen im November und im Dezember des vergangenen Jahres

hatten wir eine bundesweite Umsetzung von Landesverordnungen, die in der Regel innerhalb von 48 Stunden gelaufen ist. Man kann dem Föderalismus also nicht vorwerfen, dass er in der Krise zu langsam reagiert hätte, zumal jeder dieser relativ schnell umgesetzten Entscheidungen eine intensive und vielstimmige Debatte vorausgegangen war.

Bedeutung der Ministerpräsidentenkonferenz

Fragen wie „Warum immer diese Debatten zwischen Kanzlerin, Ministerpräsidentinnen und -präsidenten?“ oder „Wieso können sich die nicht einfach mal auf eine Linie einigen?“ sind natürlich verständlich. Nur sind sie schwieriger zu beantworten, als viele denken. Denn Corona ist nicht irgendein Thema, dem man, wie sonst üblich, durch Kompromisse zwischen Bund und Ländern gerecht werden könnte, im Gegenteil: Das Virus ist nicht nur real, sondern auch in Verhandlungen ein Problem für alle, die das Geben und Nehmen gewohnt sind, die darauf vertrauen, dass Kompromisse ausgleichend wirken. Corona ist vermutlich die größte Herausforderung für unser politisches System seit Gründung des Freistaats Bayern und der Bundesrepublik Deutschland. Denn das Virus scheint sich den föderalen Gepflogenheiten zu entziehen, die über Jahrzehnte eingeübt worden sind. Und es hat ein Gremium in den Mittelpunkt gerückt, das bisher nicht die volle Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hatte: die Ministerpräsidentenkonferenz. Sie besteht aufgrund einer Initiative des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard seit 1954 und soll die Koordinierung politischer Ziele und Maßnahmen zwischen den Ländern und der Bundesregierung verbessern. Vom 1. Oktober 2019 bis zum 30. September 2020, also in der ersten

Phase der Pandemie, hatte Bayern den Vorsitz. Die ausländische Presse bescheinigte Deutschland damals ein vorbildliches Pandemie-Management.

Eigentlich treffen sich die Regierungschefs der Länder nur viermal im Jahr, zweimal davon mit der Kanzlerin. Die Corona-Krise hat das geändert. Mittlerweile gibt es alle paar Wochen eine Besprechung mit der Bundesregierung. Die Ministerpräsidentenkonferenz ist im Gegensatz zum Bundesrat kein Verfassungsorgan und auch nicht an der Gesetzgebung des Bundes oder der Länder beteiligt. Politisch ist ihre Bedeutung aber stark gewachsen, auch wenn ihre Beschlüsse informell und nicht bindend sind und erst durch parlamentarische Verfahren in den Bundesländern rechtlich umgesetzt werden müssen.

Rolle des Bayerischen Landtags

Der Bayerische Landtag hat als erstes Landesparlament in Deutschland in der Pandemie eine Form der parlamentarischen Beteiligung entwickelt, die seiner Kontrollfunktion entspricht. In der Praxis sieht das so aus: Der Ministerpräsident erläutert in einer Regierungserklärung die Corona-Beschlüsse, zu denen die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin gekommen sind, und stellt die Position der Staatsregierung dar. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Aussprache und zur Abstimmung über den Kurs. Dazu haben die Fraktionen die Gelegenheit, mit Dringlichkeitsanträgen ihre Positionen festzulegen. Darüber wird debattiert und abgestimmt, bevor die entsprechende Verordnung in Kraft tritt. Somit ist auch der Bayerische Landtag während der Pandemie seiner Funktion innerhalb eines effizienten Föderalismus gerecht geworden. Aus seiner Sicht bekommen Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenz erst durch Kommunikation und Rückkopplung im Landes-

parlament einen repräsentativen, föderalen Charakter – und eine besondere Legitimation.

Föderalismus – ein lernendes System

Dass die Bundesländer manchmal unterschiedlich mit der Pandemie umgehen, ist eine Folge des Föderalismus und kein Argument gegen ihn. Er ist ein lernendes System. Das hat er mit den Reformen der Jahre 2006 und 2009 bewiesen. Und er wird auch aus der Corona-Krise lernen, die seinen Einfluss auf den Bund gestärkt und nicht geschwächt hat. Der Fokus lag dabei allerdings nicht auf dem Bundesrat, sondern auf der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin. Das war verständlich. Denn in Krisen stehen die Akteure der Exekutive im Vordergrund. Die Länder konnten aber mitbestimmen und mitgestalten und haben die notwendigen Maßnahmen zügig umgesetzt. Dass es dabei mitunter zu im Detail voneinander abweichenden Regelungen kam, ist verzeihlich, auch wenn die eine oder andere Kuriosität von den Medien gern mit dem Bild vom „Flickenteppich“ untermalt wurde. Mitunter konnte man diesen Eindruck zwar gewinnen; das war den höchst unterschiedlichen Inzidenzwerten geschuldet, die regional zwischen 35 und mehr als dem Zehnfachen lagen. Wer den Blick aber auf die verfügbten Maßnahmen lenkt, wird feststellen, dass die Unterschiede zwischen den Bundesländern gar nicht so groß sind, wenn man die Lockdown-Phasen vergleicht, und vor allem, dass sich der Föderalismus auch in der Corona-Pandemie als ein Bollwerk gegen die Machtkonzentration beim Bund erwiesen hat – mit seinen an die Regionen und Situationen angepassten Lösungen und mit der Gewissheit, gehört zu werden und gestalten zu können. ■

Europa wächst durch seine Regionen zusammen

Von *Manfred Weber MdEP*

Europa und Föderalismus – für viele ist das eine Kombination wie Feuer und Eis. Aber warum ist das eigentlich so? Warum hat die EU den Ruf eines zentralistischen und bürokratischen Monsters? Und wie könnte man Europas Strukturen regionaler und bürgernäher gestalten? Ich will mit diesem Beitrag versuchen, einige Antworten zu geben.

Ja, richtig ist, die Verfasstheit der EU-Organe scheint zunächst die These zu bestätigen, dass das EU-System sehr zentralistisch angelegt ist. Die EU wirkt oft unübersichtlich und unnahbar, vergleichsweise weit weg, ungewohnt in ihrer Entscheidungsfindung. Darum traut man sich oft gar nicht so an „Brüssel“ ran. Derweil ist die EU wesentlich bürgernäher und föderaler angelegt als es den Anschein hat. Mit dem Ausschuss der Regionen, im Übrigen eine bayerische Erfindung, existiert eine zwar im Gefüge wertige eigene Institution für die Regionen Europas, die aber im Alltag im Wesentlichen eine beratende Funktion für die Exekutiven und Legislativen der EU einnimmt. Das bedeutet glücklicherweise nicht, dass seine Arbeit keine Wertschätzung genießt. Im Gegenteil: Die Vertreter der Kommunen und Regionen sowie ihre Einschätzungen sind eine Stütze für die Entscheidungsfindung, vor allem für das Europäische Parlament. Für uns Abgeordnete ist der permanente Austausch mit den Vertretern der Gemeinden, Kreise, Städte, Bezirke, den Bundesländern und Regionen unser Alltag. Für meine persönliche Arbeit ist dies essentiell. Für die Gesetzesarbeit, bei der Abschätzung der Auswirkungen unserer Beschlüsse, aber auch für das Umsetzen der EU-Gesetzge-

bung ist die Rückkopplung mit den örtlichen Vertretern unabdingbar, wenn nicht sogar entscheidend. Dies gilt jedoch mehr für den direkten Austausch mit den Handelnden und weniger mit dem Ausschuss der Regionen als Institution an sich. Für mich sind die Einschätzungen von Landräten, Bürgermeistern oder Verwaltungen ein ganz großes Plus, um europäische Politik besser, praxisnäher und bürgernäher zu machen. Ich weiß, dass dies die allermeisten meiner Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament ganz genauso begreifen und handhaben. So wichtig eine Aufwertung des Ausschusses der Regionen wäre, viel wichtiger, aber natürlich informell, ist der Austausch mit den Praktikern. Der Schlüssel für die föderale Funktion der EU sind aber vor allem die Mitgliedstaaten. De facto ist die EU stärker föderalisiert als die Bundesrepublik Deutschland; einfach deshalb, weil viele elementare Kompetenzen und Zuständigkeiten bei den Mitgliedstaaten verbleiben. Auch wenn die Rolle der EU immer wichtiger wird, ohne die Mitgliedstaaten als Herren der Verträge geht nur wenig. Und in zahlreichen Politik- und Lebensbereichen hat die EU auch richtigerweise gar nichts mitzuentcheiden. Der Ministerrat ist als Vertretung der Mitgliedstaaten neben dem Europäischen Parlament gleichberechtigter Gesetzgeber, in einigen wenigen Bereichen sogar die entscheidende Kammer. Die EU funktioniert also mehr oder minder in einem Mehrkammersystem unter voller Einbindung der Mitgliedstaaten. Die Rolle nationaler Parlamente und der Regionen unterhalb der Nationalstaaten ist dann wiederum in jedem Land anders geregelt. Die EU ist ein System



*Manfred Weber,
niederbayerischer Europaabgeordneter
und Vorsitzender der christdemokratischen
EVP-Fraktion, Stellvertretender
CSU-Parteivorsitzender.*

des Ausgleichs, der Kompromissuche und -findung. Dies ist ja gerade die Aufgabe der EU, um möglichst viele Meinungen und Kulturen zusammenzubringen. Allerdings machen es der vielschichtige Aufbau der Entscheidungsstrukturen und die diversen Entscheider auch sehr kompliziert, die richtigen Verantwortungsträger bei einzelnen Entscheidungen auszumachen. Dies und mancher Argwohn gegenüber den Traditionen zentralistischer Staaten, wie Frankreich, Italien oder vieler kleinerer Länder, befeuert immer wieder die Sorge, dass die Interessen der unteren Körperschaften im Staatsaufbau nicht ausreichend zum Tragen kommen.

Um diesen Sorgen vorzubeugen, vor allem aber um die Effizienz zu verbessern, habe ich schon vor einigen

Jahren einen Systemcheck für die EU vorgeschlagen. Die EU und ihre Institutionen sind wichtig, aber nicht die Lösung aller Probleme. Sie müssen sich auf das konzentrieren, was wirklich notwendig ist und auf EU-Ebene entschieden werden muss. Die Kommission sollte deshalb gemeinsam mit den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament alles auf den Prüfstand stellen, um zu klären, welche Aufgaben besser in Europa, welche besser auf nationaler oder auf regionaler Ebene, etwa in Bayern, aufgehoben sind. Darüber hinaus muss der entschlossene Kampf gegen die Bürokratie fortgesetzt werden. Dies bleibt Kernanliegen der Bürger.

In den Diskussionen kommt aber häufig der für mich bedeutendste Punkt zu kurz: nämlich die Rolle der Regionen an sich, egal ob es sich um verfasste staatliche Regionen, wie die Bundesländer, oder um Regionen mit einer gemeinsamen Identität handelt. Letztere haben gerade in Bayern eine besondere Bedeutung. Man denke an die Stämme Bayerns, an den Stolz der Regierungsbezirke über die historisch

gewachsenen kleineren Regionen, wie meine Heimat Hallertau, oder inzwischen auch an grenzüberschreitende Kulturräume. Regionale Traditionen und Identitäten sind ein wichtiger sozialer Kit, vor allem in einer Zeit, in der sich Menschen nähere und kleinere Strukturen wünschen. Die Regionen sind das Herz Bayerns.

Regionen und Grenzregionen stehen aber auch für Wachstum und Jobs in Europa. Nur einige Beispiele: Die Lombardei rund um die Metropole Mailand in Italien, Rhône-Alpes rund um Lyon in Frankreich, Niederschlesien in Polen oder natürlich Bayern gehören zu den wirtschaftsstärksten Regionen in ihren Ländern. Innerhalb Bayerns sind die Grenzregionen in den letzten zehn Jahren überproportional wirtschaftlich gewachsen. Das lässt sich auf die engere grenzüberschreitende Kooperation mit den Nachbarn zurückführen. Grenzregionen stehen für gemeinsame Identität in Europa. Europa wächst zuallererst an den Grenzen zusammen. Umso mehr machen mir die Folgen der Corona-Pandemie für die Grenzräume

Sorgen. Da geht derzeit viel kaputt, was in mühevoller Arbeit über Jahrzehnte aufgebaut worden ist. Darauf müssen wir in den kommenden Jahren besonders Acht geben. Es wird zwingend notwendig sein, gerade für grenznahe Regionen, Sonderförderungen aufzulegen, um die größten Schäden auszugleichen. Die EU hat also Staatenverbund über die Mitgliedsländer eine zutiefst föderale Struktur. Hierfür ist ein Systemcheck notwendig, damit Zuständigkeiten und Verantwortungen klar zugeordnet sind. Wie nationale Parlamente oder in Deutschland die Länderregierungen und -parlamente eingebunden sind, ist Aufgabe der Mitgliedstaaten. Was mir aber besonders wichtig ist, sind die europäischen Regionen. Ihre identitätsstiftende Bedeutung kann gar nicht überschätzt werden. Sie sind heute in der EU noch unterrepräsentiert, auch wenn ihre informelle Rolle größer ist als die institutionelle Rolle vermuten lässt. Auf sie setze ich bei der weiteren europäischen Integration und für sie mache ich mich stark. ■

Posselt: Föderalismus heißt Freiheit

Angesichts der aktuellen Diskussion über die bundesstaatliche Struktur Deutschlands hat der CSU-Europapolitiker Bernd Posselt davor gewarnt, „den Föderalismus anzutasten, denn dieser bedeutet Freiheit.

Zentralismus wie in Frankreich bedeutet, dass Irrtümer flächendeckend

gelten, und ist deshalb nur scheinefizient.“

Die großen Fragen müssten europaweit geregelt werden, die praktischen möglichst nah am Bürger: „Nach dem Desaster der letzten Woche in Nationalzentrismus zu verfallen wäre genau der falsche Weg.“ Posselt wandte sich gegen die zunehmende

Verwendung des Wortes „Flickenteppich“, um den Föderalismus zu diskreditieren: „Bei uns im bayerisch-österreichischen Raum ist der Fleckerteppich, wie es richtig heißt, ein Ausdruck für bunte Vielfalt. Wir wollen nicht zurück ins eintönige Grau des Bismarckreiches.“ ■

Festansprache des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber anlässlich des 75jährigen Jubiläums des Bayernbundes am 26. 10. 1996

Einleitung: Die Bedeutung der Eigenstaatlichkeit Bayerns für die Arbeit des Bayernbundes

Am 1. März 1921, also gerade zweieinviertel Jahre nach dem Ende der Monarchie in Bayern, haben sich hier in München im Sternecker-Bräu im Tal 35 monarchisch gesonnene Männer versammelt, um den Bayerischen Heimat- und Königsbund: „In Treue fest“ (BHKb) zu gründen.

Zwei Dinge hätten sich diese Männer damals wohl kaum vorstellen können: – Erstens, daß der von ihnen ins Leben gerufene Verein einmal auf eine 75jährige Tradition würde zurückblicken können.

– Zweitens, daß beim 75. Gründungsjubiläum des Nachfolgevereins der Ministerpräsident eines freistaatlich verfaßten Bayern die Festansprache halten würde.

Die Wiedererrichtung der Monarchie galt als Hauptziel des Vereins. Bis vor 30 Jahren stand die Frage der Staatsform im Mittelpunkt der Bestrebungen des Bayerischen Heimat- und Königsbundes. Der Bayerische Heimat- und Königsbund hat seit seiner Gründung vor 75 Jahren allerdings immer wieder betont, daß er ausschließlich mit verfassungskonformen und rechtsstaatlichen Mitteln die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern erstrebte.

Es ist ganz maßgeblich dem Einwirken des kürzlich verstorbenen Herzog Albrecht von Bayern zu verdanken, daß in dieser Frage schließlich 1967 eine Wende eintreten konnte. Vorrangiges Ziel des nun „Bayernbund“ genannten Vereins sollte künftig die Erhaltung der Staatlichkeit Bayerns sein. Diese Zielkorrektur ermöglichte es fortan jedem Bayern, im Bayernbund als überparteilicher Organisation mitzuwirken. Mit erlaubt dieser Wandel, heute zu Ihnen zu sprechen, ohne befürchten zu müssen, daß gewisse selbsternannte Hüter der freistaatlichen Toleranz ernsthaft daran Anstoß nehmen können.

Die Wahrung der Eigenstaatlichkeit Bayerns ist naturgemäß das Thema bayerischer Politik überhaupt. Ohne die Existenz der Eigenstaatlichkeit machte es keinen Sinn, von bayerischer Politik zu sprechen.

Der Staat im Spannungsfeld neuer und globaler Herausforderungen

Gewiß, die Staatlichkeit ist heute gefestigter als noch vor 30 Jahren, als der Bayernbund ins Leben gerufen wurde. In der Zwischenzeit haben wir viel erreicht, um Bayern politisch, kulturell, wirtschaftlich und gesellschaftlich für die Zukunft fit zu machen.

Das ist aber kein Grund, um uns selbstzufrieden zurückzulehnen. Denn jeder von uns spürt, daß wir uns seit geraumer Zeit auch mitten in einer ganz neuen Herausforderung befinden, deren Dramatik wir noch nicht abschätzen und deren geschichtliches Ziel wir schon gar nicht erfassen können. Der globale Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte – insbesondere auch innerhalb der Europäischen Union –, die Globalisierung der Märkte und eine bisher unvorstellbare Vernetzung der Welt durch neue Datensysteme grenzen die Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten der Staaten immer weiter ein. Die bisher gegebene Souveränität der Staaten verblaßt. Sie erscheint manchem punktuell bereits in Auflösung.

Wie soll die Politik auf solche Herausforderungen reagieren? Kann sie sich dem augenscheinlichen Trend der ökonomischen Entwicklung überhaupt entziehen, an deren Ende vielleicht auch das Ende klassischer Staatspolitik stehen könnte?

Bayern will und soll in Deutschland und Europa als Staat handlungsfähig bleiben und als erkennbares staatliches Subjekt ein eigenes Profil bewahren. Darum hat unser Land auch ein ganz vitales Interesse, das historische Bewußtsein seiner Bürger zu pflegen und, wenn möglich, weiter zu heben. Denn Bayerns Staatlichkeit ist nicht das Produkt von Staatsdenkern und Juristen der jüngeren Vergangenheit. Sie ist geschichtlich gewachsen und zieht daraus ihr Lebensrecht und ihren Anspruch.

Probleme und Schwerpunkte der geschichtlich gewachsenen Staatlichkeit Bayerns

Die altbayerische Tradition, wie die neubayerische seit Montgelas, verlangt immer wieder mit Nachdruck nach historischer Fundierung. Traditionsbewußtsein ist bei uns ohne kreativen

Umgang mit der Geschichte unseres Landes und mit Geschichte generell nicht denkbar. Das gilt für ruhigere Zeiten ebenso wie für Zeiten der Gefährdung.

Aber auch bayerische Politik in Deutschland und Europa ist ohne Rückgriff auf die Geschichte, auf die historische Erfahrung und ohne immer wieder vorzunehmende Neuordnung und Neustrukturierung des historischen Wissens schwer vorstellbar.

Bayern hat in seiner nun beinahe 1500 Jahre währenden geschichtlichen Tradition unterschiedlichste Formen der Staatlichkeit erlebt. 730 Jahre wurde diese Staatlichkeit vom Hause Wittelsbach wesentlich mitgestaltet und verkörpert. 77 Jahre ist es jetzt her, daß Bayern erstmals eine freistaatlich-demokratische Verfassung erhielt. Und in diesem Jahr begehen wir das 50. Jubiläum unserer Verfassung von 1946, die in besonderer Weise den Freistaat Bayern zum Markenzeichen gemacht hat.

Die Staatlichkeit Bayerns hat Krisen und Katastrophen überdauert, selbst das Unrechtsregime der Nationalsozialisten und dessen verheerende Politik. Und noch bevor unser Land nach dem 2. Weltkrieg an den Aufbau einer selbstbestimmten Ordnung denken konnte, gab es bereits wieder einen bayerischen Ministerpräsidenten und einen bayerischen Staat. Das war auch ein Tribut an die originäre Staatlichkeit unseres Landes.

Und dieser bayerische Staat vergaß auch in der Folgezeit nie sein Erstgeburtsrecht gegenüber dem größeren verfassungsrechtlichen Rahmen Bundesrepublik Deutschland, in den er eingebettet war. Der bayerische Staat beanspruchte und behauptete auch in der alten Bundesrepublik seine originäre Staatlichkeit und es gelang ihm für diese Sicht der Dinge bei den anderen Ländern zuerst Verständnis, dann aber immer häufiger auch Zustimmung zu finden.

Ein wesentliches Merkmal moderner bayerischer Staatlichkeit ist seine Integrationskraft. Ihr konnten die Bayern sich ebensowenig entziehen wie Franken, Schwaben und Pfälzer oder die etwa zwei Millionen Heimatvertriebenen, die nach 1945 in unser Land gekommen sind.

Das durch Montgelas' Reformwerk vor bald 200 Jahren begründete gesamt-bayerische Staatsbewußtsein hat sich über alle Krisen erhalten und bewährt. Es hat sich fortgebildet und auch viele derjenigen erfaßt, deren Heimat zwar Bayern ist, deren Geburtsort aber außerhalb der weißblauen Grenzpfähle liegt.

Bayerische Staatlichkeit mußte immer wieder mit neuen machtpolitischen Konstellationen in Deutschland und Europa zurechtkommen und sich darin behaupten. Es gab wiederholt auch Aushöhlungen bayerischer Staatlichkeit. Und dramatische Änderungen im Wirtschafts- und Produktionsbereich zwangen unser Land immer wieder zu Umstellung und Neuorientierung in der Wirtschaft wie im staatlichen Selbstverständnis. Bayern geriet mitunter auch wirtschaftlich in Rückstand. Die vorläufig letzte Phase einer bereits im 19. Jahrhundert einsetzenden Aufholjagd vollzog sich seit 1945. Sie hat dazu geführt, daß Bayern heute einen Spitzenplatz innerhalb der Bundesrepublik Deutschland einnimmt. Bayern hat den Wandel vom Agrarstaat zum Standort der Hochtechnologie bewältigt. Das ging nicht ohne Schmerzen vor sich, aber doch ohne jene sozialen Verwerfungen, wie sie in anderen Ländern auftraten, aber auch ohne Bruch mit der staatlichen Tradition.

Die geschichtliche Staatlichkeit der Länder in Deutschland

Die Staatlichkeit in Deutschland entwickelte und entfaltete sich in über 1000 Jahren vorwiegend in den Territorien und auf Kosten des Reiches. Das blieb so bis etwa 1871. Erst mit der Reichsgründung kehrte sich dieser Prozeß um. Von kurzen Einschnitten abgesehen, blieb der deutsche Gesamtstaat seither auf der Überholspur. Das gilt zumindest bis zu den gewaltigen Veränderungen, die durch das Ende des Ost-West-Gegensatzes, das Ende der Spaltung Deutschlands und Europas herbeigeführt wurden. Im Zuge dieses Wandels ist es den Ländern gelungen, vom Bund wieder ein Stück Staatlichkeit zurückzugewinnen.

Die Grundlegung der gegenwärtigen Form bayerischer Staatlichkeit vor 50 Jahren

Wenn wir über die heutige Staatlichkeit Bayerns nachdenken, dürfen wir über das Dritte Reich und die katastrophalen Folgen seiner verbrecherischen Politik nicht hinwegsehen. Für die dramatischen Auswirkungen dieser Politik

auf die Staatlichkeit Bayerns hat Anton Pfeiffer kurz nach dem Krieg folgende Worte gefunden:

„Beim Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft war Bayern kein staatsrechtlicher Begriff mehr, sondern nur noch ein Traditionsname für ein Gebiet, das im nationalsozialistischen Einheitsstaat in fünf Gaue gegliedert war.“

Vor diesem Hintergrund kam der Einsetzung eines bayerischen Ministerpräsidenten durch die US-Militärregierung im Jahr 1945 eine besondere Bedeutung zu. Sie barg die Hoffnung, daß Bayern nicht untergehen, sondern auch künftig bestehen würde. Von noch größerer Tragweite war dann die Proklamation Nr. 2, in der die Verwaltungsgebiete in der US-Zone als **Staaten** bezeichnet wurden. Ministerpräsident Hoegner brachte die Chancen, die sich damit für Bayerns staatsrechtliche Situation eröffneten, auf den Punkt, als er ausführte:

„Zur Zeit besteht kein Reich. Bayern befindet sich auch in keinem Bundesverhältnis.“

Diese Einschätzung der staatspolitischen Situation Bayerns ist in mancherlei Hinsicht durchaus vergleichbar mit der Bayerns am Ende des Alten Reiches. Das Ende des Alten Reiches eröffnete Montgelas die Chance, unbehindert durch eine Reichsverfassung und ein Reichsrecht den bayerischen Staat grundlegend zu reformieren.

Mit Kriegsende und Befreiung im Jahre 1945 war eine ähnliche Chance gegeben, und die Bayerische Verfassung von 1946 trug dem weitgehend Rechnung. Sie ist eine Vollverfassung, die das gesamte Spektrum der Aufgaben eines selbständigen Staates abdeckt. Und sie verkörpert eine grundlegende Verfassungsreform, auch gemessen an der Verfassung von 1918.

Ich will hier nicht den Feiern zum 50. Jubiläum der Bayerischen Verfassung von 1946 vorgreifen. Aber eines möchte ich doch klar herausstellen: Die Verfassung von 1946 hat der bayerischen Politik implizit den klaren Auftrag mitgegeben, die Eigenstaatlichkeit Bayerns auch gegenüber einem künftigen gesamtdeutschen Verfassungsgeber zu wahren.

Bayerns Staatlichkeit im Rahmen des Grundgesetzes

Eine einschneidende Weichenstellung in der Fortentwicklung von Bayerns Staatlichkeit brachte das Grundgesetz. Die Befürchtungen, die viele verantwortliche Politiker in Bayern mit dem

Inkrafttreten der bundesrepublikanischen Verfassungsordnung verbunden, sind in den Jahrzehnten danach immer wirksamer geworden.

Dennoch darf Bayern stolz darauf sein, daß es maßgeblich zur föderativen Ausgestaltung des Grundgesetzes beigetragen hat. Ohne das Engagement Bayerns gäbe es den Föderalismus in der uns gewohnten und zumindest von uns Bayern so geschätzten Form nicht.

Die originäre Staatlichkeit der Länder ist in vier Regelungen des Grundgesetzes festgeschrieben:

- Die „Ewigkeitsgarantie“ der bundesstaatlichen Ordnung, durch die eine Änderung der Gliederung des Bundes in Länder und die Beseitigung der Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung untersagt wird.
- Die Gesetzgebungshoheit der Länder.
- Die Verwaltungshoheit der Länder.
- Die Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes über den Bundesrat.

Doch Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit triffen allmählich auseinander. In den Jahrzehnten nach der Verabschiedung des Grundgesetzes ging das Gespür für den Eigenwert der „kleinen Einheiten“ in Deutschland immer mehr verloren. Der Föderalismus insgesamt schien in einer tödlichen Krise. Immer stärker nahm der Bund seine Kompetenzen auf Kosten der Länder wahr und engte deren Gestaltungsspielraum ein. Gleichzeitig löste die Rahmengesetzgebung des Bundes eine Lawine von Landesgesetzen aus, mit denen versucht wurde, den Vorhaben des Bundes gerecht zu werden.

Daß das so kommen konnte, ist auch auf Versäumnisse und Kleinmut mancher Länder zurückzuführen. Häufig wird nämlich übersehen, daß das Grundgesetz ursprünglich den Ländern einen großen Freiraum belassen hat und sie nur mit wenigen Auflagen bedachte. Diese sollten in erster Linie die Funktionsfähigkeit des Bundesstaats gewährleisten. Dennoch unterlagen die Länderrechte nachweisbar seit 1949 einem anhaltenden Erosionsprozeß, an dessen Ende der Verlust der Staatlichkeit der Länder gestanden haben würde. Darum waren auch Korrekturen des Grundgesetzes, vor allem der Art. 23 und 72, mehr als überfällig.

Die Stärkung der Länderrechte im Zuge der Wiedervereinigung

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung eröffnete sich die Chance, auch zu einer Stärkung der Länder-

rechte zu kommen. Im Einigungsvertrag ist es gelungen, die Länderrechte auszugestalten. Den Knackpunkt bildete dabei die konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis des Bundes.

Die früheren Einschränkungen der Bundesgesetzgebung waren vom Bundesverfassungsgericht im Laufe der Jahre so aufgeweicht worden, daß der Bund nahezu in allen wichtigen Fragen rechtlich unangreifbar behaupten konnte, er sei zuständig. Durch die Neuordnung wurde nun versucht, dieses nahezu unbeschränkte Zugriffsrecht des Bundes durch rechtlich klarere Vorhaben einzugrenzen.

Wir können mit dem Ergebnis zufrieden sein. Nun muß der Bundesgesetzgeber beweisen, daß ein Bedürfnis nach einer bundeseinheitlichen Regelung vorliegt. Das ist eine zutiefst föderale Frage, die Bayerns Lebensnerv trifft. Ohne diese Reform stünde das Gesetzgebungsrecht der Länder heute weitgehend nurmehr auf dem Papier.

Das Mitspracherecht der Länder in der Europapolitik

Doch nicht nur der Bund höhnte im Lauf der Jahrzehnte die Staatlichkeit der Länder immer weiter aus. Der Weg zur europäischen Einigung war leider vielfach mit der Beschneidung von Länderrechten verbunden. In der Endphase vor der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts war bereits jeder zweite Rechtsakt, den der Deutsche Bundestag erließ, Brüsseler Ursprungs. Diese EG-Regelungen tangierten aber nicht nur Bundes-, sondern auch originäre Länderrechte.

Vor diesem Hintergrund mußten jedem Verfechter des Föderalismus die bisherigen Formen der Mitgestaltung der Europapolitik durch die Länder als nicht länger ausreichend erscheinen. Den Hebel zur Besserung bildete der Vertrag von Maastricht, für dessen Verwirklichung der Bund die Zustimmung der Länder brauchte.

Besonderes Augenmerk richtete Bayern zusammen mit den anderen Ländern auf die innerstaatliche Seite. Die Länder machten für ihre Zustimmung zum Maastricht-Vertrag zur Bedingung, daß die Mitwirkung des Bundesrates an der Europapolitik des Bundes verfassungsrechtlich abgesichert wird und gegenüber dem bisherigen Rechtszustand inhaltlich ausgebaut werde.

Der neue Artikel 23 GG, an dessen Zustandekommen Bayern ganz maßgeblich mitgewirkt hat, schreibt nunmehr die Mitwirkung des Bundesrats in Angelegenheiten der Europäi-

schen Union vor. Der Bundesrat ist also an der Willensbildung des Bundes beteiligt, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hat oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig sind. Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, ist letztlich sogar die Auffassung des Bundesrats maßgeblich. Darüber hinaus soll in diesen Fällen die deutsche Verhandlungsführung im Rat auf einen vom Bundesrat benannten Landesminister übertragen werden.

So konnten die Länder im wichtigen Bereich der Europapolitik ihre föderalen Interessen erfolgreich wahren. Dazu gehört auch die Einführung des Subsidiaritätsprinzips und die Einrichtung eines Ausschusses der Regionen, wobei sich die Regierung Streibl besondere Verdienste erworben hat.

Das politische Gewicht der Regionen in Europa

Noch ist offen, wie sich die dritte Ebene in Europa, der Ausschuß der Regionen, entwickeln wird. Einige bezeichnen ja den Ausschuß der Regionen bei seiner Gründung als ein „Labor für Demokratie“.

Der Ausschuß hat einige Geburtsfehler, die immer noch nicht kuriert werden konnten. Neben Vertretern deutscher Länder mit Staatsqualität sitzen dort auch Vertreter europäischer Kommunen, deren Rechtsstellung nicht mit der deutscher Länder vergleichbar ist. Neben glühenden Verfechtern des Föderalismus aus Spanien finden sich selbstverständlich auch Vertreter aus historisch streng zentralistisch orientierten Ländern wie Frankreich und Großbritannien.

Unsere Hoffnung, unser bewährtes Modell des Föderalismus auf die europäische Bühne zu exportieren, hat sich bislang nicht erfüllt. Zu unterschiedlich sind die staatlichen Traditionen in den 15 EU-Ländern und zu unterschiedlich ist die Geschwindigkeit, mit der die einzelnen Regionen ihren Nationalregierungen Rechte abtrotzen.

Gewiß, der Ausschuß der Regionen kann eine geballte lokale und regionale Kompetenz in die europäischen Entscheidungsprozesse einfließen lassen. Eine Wirkung auf die EU-Institutionen ist bisher noch kaum spürbar.

Die Möglichkeiten eines dreistufigen Föderalismus in Europa werden also in Zukunft maßgeblich davon abhängen, wie erfolgreich die Regionen bei ihren Bemühungen sind, ihre Stellung in den mitgliedstaatlichen Verfassungen aus-

zubauen und stärker an der Formulierung der nationalen Europapolitik beteiligt zu werden.

Europa der Nationen

Gerade um der Erhaltung der außergewöhnlichen Rechtsstellung willen, welche die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Grundgesetzes haben, kann Bayern nicht ausschließlich auf die Karte des Regionalausschusses vertrauen, sondern muß weiterhin auch auf den deutschen Nationalstaat setzen. Aus bayerischer Sicht muß Europa bis auf weiteres auch ein Europa der Nationalstaaten bleiben.

Nur die nationale Zusammenbindung der Politik erlaubt auch eine Bündelung von politischen Interessen und Entscheidungsstrukturen, die eine weitere Politik für Europa möglich macht.

Im Bewußtsein der Menschen ist die Nation nach wie vor als die Solidargemeinschaft verankert. Denn nur die Nation ist gegenwärtig in der Lage, die für die Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Probleme und Konflikte erforderliche Solidarität zu üben. Die deutsche Wiedervereinigung ist hierfür ein Musterbeispiel. Ich jedenfalls glaube nicht, daß jemand den Bürgern der anderen europäischen Staaten hätte vermitteln können, daß sie in dem Maße Aufbauhilfe und persönlichen Verzicht für den Aufbau Ost leisten müssen, wie das bei der Bevölkerung Deutschlands abverlangt wird.

Der Beitrag des deutschen Föderalismus zur Wiedervereinigung

Aber die Wiedervereinigung Deutschlands hat nicht nur europäische und wirtschaftliche Aspekte. Sie wirkte auch nachhaltig auf das föderative Selbstverständnis der alten und neuen Bundesrepublik ein.

Von Bayern gingen wichtige Impulse aus, die Wiedervereinigung Deutschlands mit der Wiederbelebung der früheren Länder auf dem Gebiet der untergegangenen DDR zu verbinden. Schon dreieinhalb Monate nach dem Fall der Mauer, am 20. Februar 1990, debattierte der Bayerische Landtag über Wege zur Wiedervereinigung. Alle Parteien waren sich einig, daß das neue Deutschland kein zentralistischer Staat werden dürfe.

Auf Einladung des Bayerischen Ministerpräsidenten konnte schließlich am 20./21. Dezember in München die erste gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz stattfinden. Das war eine bewußte Anknüpfung an die Ministerpräsidentenkonferenz von 1947 in München, die die erste und die letzte Konfe-

renz dieser Art vor der Teilung Deutschlands war.

1947 war der Versuch gescheitert, die sich abzeichnende Spaltung Deutschlands allein mit den Kräften des Föderalismus zu verhindern. In den folgenden 4 Jahrzehnten gelang es Bayern, das Selbstbewußtsein der Länder durch sein Beispiel erheblich zu fördern. Das Fortleben der föderalen Tradition deutscher Staatlichkeit in der alten Bundesrepublik Deutschland eröffnete dann auch den Königsweg zum Beitritt von weiteren Ländern. Das ermöglichte es, daß die Menschen in der ehemaligen DDR im Zuge der Wiedervereinigung an ältere landsmannschaftliche und staatliche Traditionen ihrer Heimat anknüpfen konnten.

Deutscher Föderalismus und europäisches Sicherheitsbedürfnis

Wir müssen uns auf alle Fälle eines wieder stärker bewußt machen: Die Eigenstaatlichkeit der Länder in Deutschland, also auch die Bayerns, ist mit dem Föderalismus in Deutschland und dem Frieden und der Sicherheit für Deutschland in Europa aufs engste verknüpft. Die Wiedervereinigung Deutschlands machte dies mit einem Schlage deutlich.

Nur ein sehr stark föderal strukturiertes Deutschland und ein durch die horizontale Gewaltenteilung in seiner machtpolitischen Willensbildung gemäßigtes Deutschland flößt unseren Nachbarn keine Angst ein. Der Föderalismus ist somit das adäquate Organisationsprinzip für ein großes Volk in der Mitte Europas. Indem Bayern seine Eigenstaatlichkeit wahrt und den Föderalismus in Deutschland fördert, leistet es einen ganz wesentlichen Beitrag zur Sicherung eines politischen Klimas in Europa, in dem nicht Ängste vor einem deutschen Sonderweg dominieren und zu Koalitionen unserer Nachbarn gegen uns führen.

Länderreform zur Stärkung des deutschen Föderalismus

Föderale Strukturen sind etwas aufwendiger als zentralistische. Darum erfordert die Erhaltung der föderalen Freiheit immer auch besondere Anstrengungen. Der Fortbestand und die Attraktivität des deutschen Föderalismus nach innen wie nach außen hängen nämlich auch davon ab, inwieweit es den einzelnen Ländern gelingt, ihre Staatspersönlichkeit nach innen wie nach außen zu behaupten. Dreh- und Angelpunkt sind dabei die Staatsfinanzen.

Es schadet dem Föderalismus in Deutschland insgesamt, wenn Länder

aus selbstverschuldeter Finanznot am Gängelband des Bundes hängen. Es schadet dem Föderalismus, wenn diese Finanzknappheit einhergeht mit aufgeblasenen und ineffizienten Verwaltungsstrukturen in Ländern, die in Bayern allenfalls unter der Bezeichnung Regierungsbezirk laufen würden. Eine Länderreform bleibt deshalb eines der brennenden Themen für die Zukunft. Aber ich glaube, wir sind heute noch weit davon entfernt, daß der Leidensdruck in den vorrangig betroffenen Ländern so groß ist, daß diese von sich aus eine Neugliederung anstreben.

Bayerns Reformanstrengungen zur Sicherung seiner Staatlichkeit im 21. Jahrhundert

Wie ernst es Bayern um die Wahrung seiner Eigenstaatlichkeit ist, läßt sich mit Fakten untermauern. Seit Ministerpräsident Hanns Seidel die Devise ausgegeben hat, Bayern müsse „finanziell auf die eigenen Füße“ gestellt werden, hat sich unser Land in einem für Außenstehende geradezu atemberaubenden Tempo verändert.

Binnen 30 Jahren wurde aus einem weitgehenden Agrarland ein Land der Spitzentechnologie. Seit 1987 zählte Bayern zu den „Überschuß-Ländern“ in der ausgleichsfreien Zone des Länderfinanzausgleichs. Seit 1989 gehört es sogar zu den ausgleichspflichtigen Ländern. Selbst die gegenwärtige Strukturkrise der deutschen Wirtschaft hat Bayern vergleichsweise gut überstanden.

Wir sind der Auffassung, Bayern wird als Staat nur überleben, wenn es in den zentralen Bereichen, für die es die Zuständigkeit hat, auch optimal handelt. Das betrifft zuallererst Kultur, Wissenschaft und Forschung. Alle drei Bereiche sind erstrangige Standortfaktoren, von denen die Zukunft Bayerns und seiner Staatlichkeit emotional wie real abhängen.

Selbst in finanziell schwierigen Zeiten investieren wir in ganz erheblichem Maße Mittel in die Kultur. Als Beispiele hierfür nenne ich die großen Museumsbauten in München und Nürnberg, also die Dritte Pinakothek und das Neue Museum, aber auch das Museum der Phantasie für die Sammlung Buchheim oder die Sammlung Georg Schäfer in Schweinfurt und das Landestheater in Coburg.

In der wissenschaftlichen Forschung wollen wir weiterhin mit an der Spitze bleiben, sowohl im naturwissenschaftlichen wie im geisteswissenschaftlichen Bereich: Durch umfangreiche Neubauten stärken wir unsere Landesuni-

versitäten. Vom Bau des Forschungsreaktors München II in Garching erhoffen wir uns den Zugang zu zentralen Zukunftstechnologien. Wir vervollständigen darüber hinaus unser Netz an Fachhochschulen.

Und schließlich stellen wir unsere Universitäten und Schulen auf den Prüfstand und tragen dafür Sorge, daß sie in Struktur und Leistung optimiert werden.

Die Akzeptanz eines Staates steht und fällt aber auch mit der Leistungsfähigkeit seiner Verwaltung. Das betrifft die Verwaltungswege und die Kosten, die dadurch verursacht werden. Mit der Vereinfachung des Baurechts ist uns ein entscheidender Fortschritt gelungen, der von anderen Ländern nachgeahmt wird. Die Bayerische Staatsregierung hat kürzlich ein zukunftsweisendes 20-Punkte-Programm zur Reform der Staatsverwaltung aufgelegt, das in den nächsten Jahren zügig umgesetzt werden soll. Wir durchforsteten die gesamte Staatsverwaltung und hoffen so, etwa 10% des Personals bis zum Jahr 2000 abbauen zu können, ohne daß dadurch die Leistungsfähigkeit der bayerischen Staatsverwaltung geschwächt wird. Der Staat wird sich von Aufgaben trennen, die er nicht unbedingt selbst erledigen muß. Aufgaben, die auf der unteren Ebene besser, schneller, bürgernäher erledigt werden können, sollen künftig auch dort erledigt werden.

Bayern unternimmt große Anstrengungen, um seine Zukunft als Staat und Heimat von 12 Mio. Menschen zu sichern. Vieles kann aber nur unzureichend gelöst werden, weil dafür die rechtlichen Kompetenzen fehlen. Darum wird die Rückholung von Kompetenzen vom Bund und von Europa künftigen besonderen Schwerpunkt bayerischer Politik bilden müssen.

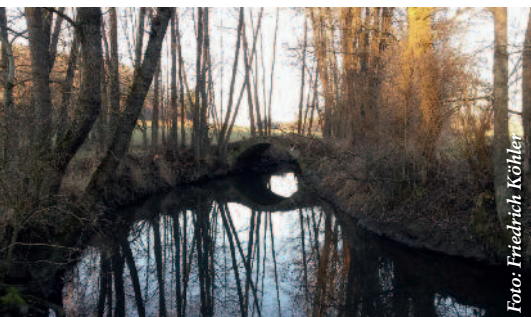
Schlußbetrachtung und Dank an Bayernbund

Die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Bayerns erfordert eine Sammlung aller Kräfte, die sich zu Bayern bekennen. Der Bayernbund hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder intensiv bemüht, in diesem Sinne zu wirken. Heute, anläßlich des 75. Gründungsjubiläums des Bayernbundes nehme ich darum gerne auch die Gelegenheit wahr, allen seinen Mitgliedern und Förderern für das zu danken, was sie zur Wahrung und Fortbildung der Eigenstaatlichkeit Bayerns getan haben. Mein besonderer Dank gilt Herrn Dinglreiter und seinen Vorgängern im Vorsitz des Bayernbundes für ihr jahrelanges verdienstvolles Wirken. Herzlichen Dank!



Die Geschichte von der sogenannten „Dickem Ev“ am Weg nach Spiesheim (Gemeinde Sulzheim, Lkr. Schweinfurt), rankt sich um einen Bildstock, einen ehemaligen Leichweg und verloren gegangene Särge. Zur „Dickem Ev“ gibt es einen Eintrag in der Datenbank.

Alte Hohlwege und Kellergassen, Weinberge und Streuobstwiesen, historische Ortsränder und Flurformen, Feldkreuze, Grenzsteine und Hüllweiher haben etwas gemeinsam: sie alle sind historische Elemente der Kulturlandschaft. Als Zeugnisse einer jahrhundertelangen Nutzung der natürlichen Umwelt durch den Menschen bestimmen sie noch heute das Landschaftsbild in Bayern.



Nördlich von Diebach (Lkr. Ansbach) führt eine steinerne Bogenbrücke über die Tauber. Sie wird „Heubücke“ genannt, da über diese Brücke das geerntete Heu aus den Tauberwiesen ins Dorf gefahren wurde. Zur „Heubücke bei Diebach“ gibt es einen Eintrag in der Datenbank.

Dem schleichenden Verlust an Kulturlandschaft entgegenwirken

„Wir setzen uns insbesondere für eine landesweite Erfassung der historischen Landschaftselemente ein, um ihrem schleichenden Verlust wirksam zu begegnen“, erklärt Ursula Eberhard, Referentin für Kulturlandschaft beim Landesverein.

Dem stimmt auch der Vorstandsvorsitzende, Dr. Olaf Heinrich, zu:

„Mit ihren vielen baulichen Elementen und Bodendenkmälern sind die historischen Landschaften Bayerns bedeutende Geschichtszeugnisse. Tragen wir Sorge dafür, dass die historischen Strukturen und das damit verbundene Wissen auch für nachfolgende Generationen bewahrt werden.“

Daher wurde bereits 2017 das LEADER-Kooperationsprojekt „Erfassung (historischer) Kulturlandschaft“ ins Leben gerufen. Nach dessen Ende im Dezember 2020 übernahm der Landesverein die Verantwortung für die im Zuge des Projekts entwickelte Datenbank, die nun schrittweise bayernweit geöffnet werden soll.

Zu diesem Zweck wurde beim Landesverein in Kooperation mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege eine halbe Stelle eingerichtet. Sie konnte mit einem ausgewiesenen Experten, dem Landschaftsplaner Dr.-Ing. Thomas Büttner, besetzt werden, zu dessen beruflichen Schwerpunkten die Erstellung von Kulturlandschaftinventaren und denkmalpflegerischen Fachbeiträgen gehört.

Die Datenbank ist unter **erfassung.historische-kulturlandschaft.net** abrufbar. Darin finden sich mittlerweile über 1200 Einträge, viele weitere sind in Bearbeitung.

Die Einträge in der Datenbank stammen durchweg von Ehrenamtli-

chen und werden vor der Freigabe im Web formal und inhaltlich geprüft. Auch die fachliche Begleitung der Erfasser wird Thomas Büttner fortführen können. Geplant ist weiterhin, wieder Seminare zur Ausbildung von Kulturlandschaftsbeauftragten anzubieten.

Denn die Umgestaltung von Landschaften und Siedlungen, insbesondere im Zuge wirtschaftlicher Aktivitäten, erfordert Gespür für das Vorhandene und Rücksicht auf Natur und Menschen.

In diesem Sinne befürwortet der Landesverein Instrumente der politischen Mitbestimmung wie beispielsweise den Bürgerentscheid in der Stadt Weiden in der Oberpfalz zum Gewerbegebiet Weiden West IV. Für die Bebauung müsste ein Teil des Waldes im Weidener Westen, der auch ein wichtiges Naherholungsgebiet ist, abgeholzt werden.

„Schließlich haben die Bewohner einer Region das Recht auf eine halbwegs unversehrte Landschaft und auf gemeinschaftsverträgliche Lösungen“, heißt es im Landesverein. ■

Hintergrund

Der Bayerische Landesverein für Heimatpflege e.V. kümmert sich seit seiner Gründung im Jahr 1902 um Heimat-, Denkmal- und Baupflege, Volksmusik, Bräuche, Trachten und Mundart in Bayern. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehört nicht nur die landesweite Erfassung der historischen Kulturlandschaftselemente, sondern auch das Engagement für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs in Bayern.



**Weil es
Wichtigeres
gibt als Geld.**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.

Wir finden, die Welt braucht mehr Zuversicht. Deshalb unterstützen wir alle, die den Mut haben, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Anpacker und Frühaufsteher, die Familien oder Start-ups gründen, Hausbauer, Pläneschmieder – gemeinsam schauen wir nach vorn und sagen: Morgen kann kommen. Wir machen den Weg frei.

**meine Volksbank
Raiffeisenbank eG**



Projekt „Mit'n Redn kemman d'Leit z'somm"

Mit Kindern die sprachliche Vielfalt in der Euregio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein erforschen, reflektieren und ausbauen



Hochdeutsch & Dialekt !!! Die Lernenden sollen stereotypen Einstellungen gegenüber Dialekt auf die Spur kommen.

„Dialekt ist ein falsches Deutsch!“ oder „Leute, die Standarddeutsch (Hochdeutsch) sprechen, sind arrogant!“ Solche und ähnliche Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Sprachformen des Deutschen sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Die wenigsten hinterfragen sie, den wenigsten sind sie bewusst. Genau das aber will das grenzüberschreitende EU-Projekt „Mit'n Redn kemman d'Leit z'somm“ gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern aus Bayern und Salzburg nun erreichen. Es handelt sich hierbei um ein Gemeinschaftsprojekt der Universität Salzburg und des Fördervereins für Bairische Sprache und Dialekte e.V. (FBSD).

Für den Deutschunterricht der 4. und 6. Schulstufen wurden dafür im vergangenen Jahr über einige Monate hinweg Unterrichtsmaterialien entwickelt und Ende letzten Jahres gedruckt. Diese teilen sich in fünf Module zu je zwei Unterrichtseinheiten. Die Schülerinnen und Schüler er-

fahren darin beispielsweise, ob sie mehrsprachig sind (denn auch, wenn ich Dialekt und Standarddeutsch spreche, bin ich mehrsprachig), dass Dialekt nicht falsch ist, sondern wie jedes Sprachsystem bestimmten Regeln folgt. Sie erkennen, dass Sprachvariation etwas Alltägliches ist und es nützlich und auch bereichernd sein kann, die eigene Sprachverwendung zu variieren. Hierzu zählen natürlich nicht allein unterschiedliche Sprachformen des Deutschen, sondern ebenso andere Muttersprachen.

Eine anschauliche und motivierende grafische Gestaltung der Materialien kam dabei auch nicht zu kurz. So tauchen beispielsweise immer wieder die fünf „Freunde“ Naomi, Emma, Samir, Finn und Anna auf, die die Schülerinnen und Schüler durch die Inhalte der fünf Module begleiten.

Ein weiterer Bereich der Unterrichtsmaterialien zeigt auf, dass Deutsch nicht überall gleich ist. Dafür wurde eine Karte des deutschen Sprachraums gestaltet, auf dem die



Die wichtigsten Dialektgebiete des Deutschen mit den am häufigsten verwendeten Begrüßungen. Die Lernenden sehen hier die unterschiedlichen Dialektgebiete des Deutschen.

Schülerinnen und Schüler die verschiedenen Dialektgebiete und unterschiedliche Begrüßungen sehen können

Die fertig gedruckten Modulhefte warten nun darauf, in die 12 Partnerschulen auf beiden Seiten der Grenze ausgeschickt zu werden. Doch wie in (fast) allen Bereichen hinterlässt auch hier die Corona-Situation ihre Spuren und die Umsetzung des Projekts geriet ins Stocken. Die Unterrichtsmaterialien konnten noch nicht wie geplant im Deutschunterricht eingesetzt und getestet werden, da ihre erfolgreiche Durchführung vom gemeinsamen Austausch im Klassenzimmer lebt. In der Zuversicht darauf, dass die Situation in einigen Monaten eine bessere sein wird, wurde das Projekt nun auf das nächste Schuljahr verschoben. Die Motivation des gesamten Teams aber, für den Deutschunterricht gewinnbringende Erkenntnisse rund um die gesellschaftsrelevanten Themen „Sprachenvielfalt – Sprachvariation – Sprachbewusstsein“ bereitzustellen, ist ungebrochen. Zudem haben die ersten Begegnungen mit Schulklassen gezeigt, dass das Thema „Dialekt“ auf ein großes Interesse bei Lernenden und Lehrenden stößt.

Weitere Informationen zum Projekt: <https://www.spravive.com>

Ansprechpartner: Siegfried Bradl, Dipl.-Ing. (FBSD): 1.Vorstand@fbsd.de



Das Titelbild des Modulhefts „Sprachliche Vielfalt im Deutschunterricht“

In letzter Zeit wird in den Medien immer wieder über „Hochdeutsch-Seminare“ berichtet, in denen tatsächlich den Teilnehmern kostenpflichtig eine norddeutsche Lautung anerzogen wird. Für diese sprachästhetische Selbstverstümmelung geben manche Leute tatsächlich Geld aus. Das nehmen wir zum Anlass, einige Begriffsklärungen vorzunehmen und verbreitete Irrtümer über die jeweilige Bedeutung von „Bairisch“ und „Hochdeutsch“ zu korrigieren.

Südhochdeutsch (Tag der Muttersprache 2021)

Bairisch: Summe von vielen unterschiedlichen Dialekten, die miteinander verwandt sind und normalerweise nur gesprochen werden (Ausnahmen: SMS und WhatsApp-Nachrichten). Bairisch ist daheim in Altbayern,

Bairisch	Bua/Bou	Stier, Bummerl etc.	Goaß/Goiß	Brezn
Südhochdeutsch (Altbayern)	Bub	Stier	Geiß	Breze
Nordhochdeutsch	Junge	Bulle	Ziege	Brezel

Weitere Beispiele

Südhochdeutsch (Altbayern)	Spengler	Blaukraut	Topfen	Stadel	der Butter	Rahm	Rote Rüben/ Rannen/Ranen	Odel	Kamin
Nordhochdeutsch	Klempner	Rotkohl	Quark	Scheune	die Butter	Sahne	Rote Beete	Jauche	Schornstein (Beete)

Österreich (ohne Vorarlberg) und Südtirol sowie in einigen Sprachinseln. Man kann es normalerweise nicht mehr akzentfrei lernen, wenn man als Kind nicht damit aufgewachsen ist.

Südhochdeutsch: Schriftsprache, entstanden im Mittelalter und der Frühen Neuzeit auf der Grundlage der mittel- und oberdeutschen Dialekte (z.B. Bairisch, Schwäbisch, Fränkisch). Offizielle Schrift- und Literatursprache in Südtirol, Österreich, der Schweiz, Bayern und Baden-Württemberg. Kann im Wortschatz und sogar näherungsweise in der Aussprache noch gelernt werden, wenn man erwachsen ist. Südhochdeutsch ist nicht einheitlich, sondern unterscheidet sich je nach Region in der Aussprache und etwas im Wortschatz.

Nordhochdeutsch: Ursprünglich von Norddeutschen übernommenes Südhochdeutsch, aber mit niederdeutscher Aussprache und durchsetzt mit niederdeutschen Wörtern. Sprache, die entstanden ist, als die Norddeutschen ihr ursprüngliches Niederdeutsch (z.B. Platt) weitgehend aufgegeben haben, weil sie nach der Reformation die Schriftsprache aus Süd- und Mitteldeutschland nachsprechen wollten. Heute die normale Mediensprache, die auch in Bayern das landestypische Südhochdeutsch verdrängt

Deutscher Sprachraum,
www.bairische-sprache.at



Anmerkungen zum Thema:

- Sprachliche Selbstverstümmeler nehmen immer häufiger kostenpflichtige Angebote „professioneller“ Nordsprechtrainer in Anspruch.
- Der sterile Kasernenton eines bundeseinheitlichen Nordsprechers ist die uniforme Sprache des deutschen Zentralstaats.
- Was ist provinziell? Südhochdeutsch als jahrhundertealte Literatursprache, geprägt durch die Weltkultur der Römer mit vielen Einflüssen aus dem Mittelmeerraum

oder der Regiolekt des Oldenburger Ländchens?

- Ästhetische Defizite des Nordsprechers sind etwa: Harter Vokaleinsatz, summendes S im Anlaut, schlampig verschluckte Endsilben.
- Die norddeutsche Bühnensprache nach Siebs wurde erst im preußisch-kleindeutschen Obrigkeitsstaat willkürlich zur Norm erhoben und später im Sinne der Ideologie von einem Volk, einem Reich und einer Sprache zum zentralen Projekt nationalistischer Kulturpolitik.

- Prominente Sprecher des dialektbasierten Südhochdeutschen waren dagegen nicht nur Franz Josef Strauß und Theodor Heuss, sondern auch Stefan George, Friedrich Schiller oder Johann Wolfgang von Goethe.
- Wer norddeutschen Großstadtslang nachahmt, beweist nicht Weltläufigkeit, sondern einen Mangel an sprachästhetischer Bildung.
- Dialekt und regionale Varianten des Standarddeutschen sind Elemente der Buntheit in einer eintönigen und uniformen werdenden Welt.

Für den Bayernbund erinnert Dr. Helmut Wittmann an Fritz Mayr

Fritz Mayr hat von Anfang an am großen Projekt des Bayernbundes "Freude an der Mundart" von 2012 bis 2016 mitgewirkt. Schon der Projekttitle war ganz auf seiner Linie. „Pflegh muaß ma an Krankn – de Kinder muass ma Gelegenheit und Vorbild gebn!“ war seine Devise. Und in dieser Absicht ist er mit der Maultrommel – manchmal auch

in einer Schule in Starnberg erlebt, wo ein Mädchen, nachdem ich die „Haslmaus“ erzählt hab, ihrer Lehrerin kundtat: "Wenn der Mann vom Bayerischen Rundfunk bairisch redt, nachtraun mia uns aa..." Und er fährt fort: Diese Aussage ist ja geradezu eine Aufforderung an uns alle, die wir unsere Mundart lieben und schätzen und auch fördern wollen.



begleitet von seinem großartigen Musikerfreund Hubert Huber an der Orgel – in Kindergärten und Grundschulen höchst erfolgreich aufzutreten.

Er hat als großer Freund der Kinder mit viel Empathie sofort Kontakt mit ihnen gehabt, konnte sie mit seinen selbst erfundenen Märchen in bairischer Mundart in seinen Bann ziehen und auf ganz natürliche Weise lebendige Dialoge mit ihnen entwickeln.

Im Projektbericht schreibt Fritz: Ein wunderschönes Beispiel hab ich

Am 31. Juli 2016 wurde in Birkenstein seine "Birkensteiner Messe" uraufgeführt. Nicht nur dass er die Messe musikalisch im „alpenländischen Stil“ gestaltete, wie er im Vorwort schreibt, er hat als gelernter Maler die Notenblätter auch kunstvoll gestaltet.

Ein besonderes Anliegen war es ihm, dass sein Lieblingsinstrument, die Maultrommel, die er gemeinsam mit seinem Bruder Helmut als Gebrüder Mayr zu großer Blüte und Bekanntheit geführt hat, auch wieder von Kindern erlernt wird. Seine von ihm verfasste Spielanleitung hat er



Foto: Anton Hötzelberger

mir einst mit dieser Bitte gewidmet. Einige Musikschulen, u.a. in Grassau, haben die Anregung aufgegriffen.

Sein tiefer Glaube und seine Heiterkeit kommen auch in seiner Schilderung einer kleinen Begebenheit zum Ausdruck: Als ich das Märchen „Warum Engel im Himmel Maultrommel spuin“ einmal in einem Kindergarten erzählte, fragte ich zum Schluss: „Moants ihr, dass i aa amoi in 'Himme kimm?“ Da gab ein Vierjähriger zur Antwort: „Ja, wannst amoi gestorbn bist!“

Der Theologe Karl Rahner meint, dass wir uns den Himmel sehr subjektiv vorstellen dürfen. Da würde es zum lebenslangen Wirken von Fritz Mayr für die Musik – insbesondere die alpenländische Volksmusik – passen, dass er das himmlische Orchester mit der Maultrommel bereichert. ■

Persönliche Anmerkungen von Dr. Helmut Wittmann:

Kennengelernt hab ich Fritz in Studienzeiten; wir haben zusammen im Rahmen einer Gartenoper die Zauberflöte aufgeführt; Fritz hat den Tamino gesungen (damals als Gesangstudent!); außerdem hatten wir als Auer Tanzlmsi (Gebrüder Mayr) und Wolpertinger Tanzlmsi, in der ich mitspielte, gemeinsame Interessen; schließlich trafen wir uns auch über Wastl Fanderl.

Im Labyrinth der Zeiten: Mit Mordechai W. Bernstein durch 1700 Jahre deutsch-jüdische Geschichte

Mordechai W. Bernstein (1905-1966) war Mitarbeiter des „Jüdischen Wissenschaftlichen Instituts“ (YIVO) in Wilna, das 1941 nach New York übersiedelte. Er erhielt den Auftrag für das YIVO Dokumente und Materialien zu suchen, die während der NS-Zeit geraubt worden waren.

Ebene mit dem ältesten der Objekte: Eine antike Öllampe mit Menora war lange Zentrum einer Debatte um die Anfänge jüdischen Lebens in Trier. Weiter führt sie chronologisch durch diverse Orte und Ereignisse deutsch-jüdischer Kultur. So zeigt die zweite Ebene u.a. eine Tora-Krone aus Laup-

heim bei Ulm, deren Brandspuren von der nationalsozialistischen Zerstörungswut zeugen. Über Gebrauchs- und Ritualgegenstände hinaus findet auch Architektur Raum in der Ausstellung. U.a. wird die im Juni 1938 zwangsweise abgebrochene Münchner Hauptsynagoge als Modell präsentiert.

Den roten Faden innerhalb der Ausstellung bildet Bernsteins Blick auf die Objekte, der maßgeblich durch die jiddische Kultur des osteuropäischen Judentums geprägt war. Diese stellt den Boden seines Denkens und Handelns dar, was jiddische Zitate Bernsteins in der Ausstellung versinnbildlichen.

Eine Ausstellung des Jüdischen Museums München

Laufzeit: 17.03.2021 – 13.02.2022

Zur Ausstellung erscheint der Katalog:

„Im Labyrinth der Zeiten. Mit Mordechai W. Bernstein durch 1700 Jahre deutsch-jüdische Geschichte“ im Verlag Hentrich&Hentrich (Preis: 29,80 Euro)



Foto: Gunther Adler

Modell der Münchner Hauptsynagoge, Münchner Stadtmuseum, Rudolf Rotter, 1982 – Im Labyrinth der Zeiten – Mit Mordechai W. Bernstein durch 1700 Jahre deutsch-jüdische Geschichte



Foto: Thomas Zühmer

Fragment einer Öllampe, ca. 4. Jh. Rheinisches Landesmuseum Trier – Im Labyrinth der Zeiten – Mit Mordechai W. Bernstein durch 1700 Jahre deutsch-jüdische Geschichte

In den Jahren 1948 bis 1951 besuchte er rund 800 Orte auf der Suche nach Überresten deutsch-jüdischer Kultur. In drei Bänden in jiddischer Sprache veröffentlichte er die Ergebnisse seiner Suche und schuf so ein musée imaginaire der zerstörten deutsch-jüdischen Kultur. Die Ausstellung im Jüdischen Museum München präsentiert 18 Objekte, die Bernstein aufgespürt hat und stellt Bernsteins Blick aus der Perspektive der unmittelbaren Nachkriegszeit dem heutigen gegenüber. Die Bandbreite der Objekte zeigt dabei die Vielfalt deutsch-jüdischer Kultur auf. Die Ausstellung beginnt auf der ersten



Foto: Franz Kimmel

Dauerausstellung Stimmen_Orte_Zeiten

Staatsminister Dr. Florian Herrmann:

„Ehrenamt braucht Freiraum“

Sozialministerin Carolina Trautner:

„Gute Rahmenbedingungen sorgen dafür, dass sich noch mehr Menschen engagieren.“

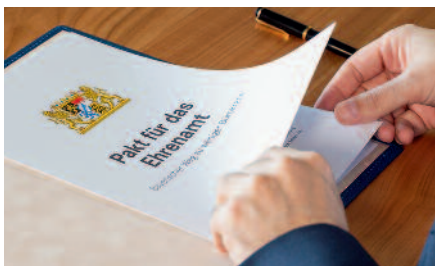
Staatskanzleiminister Dr. Florian Herrmann und Sozialministerin Carolina Trautner gaben den Startschuss für den „Pakt für das Ehrenamt – Bayerischer Weg zu weniger Bürokratie“. Nach der virtuellen Unterzeichnung gemeinsam mit der Ehrenamtsbeauftragten Eva Gottstein und dem Beauftragten für Bürokratieabbau Walter Nussel ging es direkt in die Sacharbeit in einer Videokonferenz mit den Paktpartnern.

Staatskanzleiminister Herrmann:

„Die große Stärke des Freistaats sind seine Menschen. Fast die Hälfte aller Bayern über 14 Jahren engagiert sich ehrenamtlich und leistet damit einen unschätzbaren Beitrag für unsere lebendige und vielfältige Gesell-



Staatsminister Dr. Florian Herrmann



Der Pakt für das Ehrenamt kann im Volltext abgerufen werden unter <http://q.bayern.de/pakt-fuer-ehrenamt>.

schaft. Ohne sie gäbe es viele gesellschaftliche Einrichtungen und Veranstaltungen gar nicht. Gerade in Zeiten neuer Herausforderungen und Veränderungen des Vereinslebens durch die Corona-Pandemie gebührt unseren Ehrenamtlern dafür höchster Respekt. Umso wichtiger ist, dass wir sie beim bürokratischen Aufwand entlasten und damit mehr Freiraum für ihr Engagement schaffen.“

Sozialministerin Carolina Trautner: „Das Ehrenamt hat in Bayern eine lange Tradition und ist tief im bayerischen Bewusstsein verwurzelt. Unser Land lebt ganz besonders von den Ehrenamtlichen, die ihre Zeit und ihr Engagement investieren. Sie gestalten dieses Land mit und machen es ein Stück sozialer, ein Stück wärmer. Ehrenamt ist nicht selbstverständlich. Ein Staat kann dieses Engagement weder einfordern noch ersetzen. Er kann aber dafür sorgen, dass sich möglichst viele Menschen gerne engagieren. Ehrenamtliches Engagement braucht Raum für Kreativität, Eigenverantwortung und Eigeninitiative. Wir unterstützen die Ehrenamtlichen, indem wir gemeinsam mit den Kommunen gute Rahmenbedingungen – wie den Pakt für das Ehrenamt – schaffen, um weiterhin Menschen für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen und zu begeistern.“

Der Pakt für das Ehrenamt bündelt die vielfältigen Aktivitäten der Staatsregierung beim Bürokratieabbau im Bereich des Ehrenamts. Mit einem jährlichen Jour Fixe zum Bürokratieabbau wird sich die Staatsregierung in einem persönlichen Gespräch ein Bild

von aktuellen Anliegen verschaffen. Dieser kontinuierliche Dialog ist ein zentraler Baustein für ein optimales Beratungsangebot und einen Verwaltungsvollzug, der die Möglichkeiten und besonderen Herausforderungen des Ehrenamts erkennt und berücksichtigt. Partner der Staatsregierung im Pakt für das Ehrenamt sind der Bayerische Blasmusikverband e.V., der Bayerische Jugendring, der Bayerische Landes-Sportverband e.V., der Bayerische Musikrat e.V., der Bayerische



Sozialministerin Carolina Trautner

Trachtenverband e.V., die Bürgerallianz Bayern, die Freie Wohlfahrtspflege Bayern, der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e.V., der Landesfeuerwehrverband Bayern e.V. und die Tafel Bayern e.V. ■



Blick von Sebastian Friesinger während der Videokonferenz auf seinen Bildschirm.

Nimmst du die Wahl an?

Gedanken zum Ehrenamt

von Anja Voit

Nicht nur in der Politik stehen die Wahlen an, auch in vielen Vereinen sollen und müssen „Posten“ besetzt werden und das zumeist ehrenamtlich, also im Ehrenamt.

Freilich hat „Corona“ viele Aktivitäten eingeschränkt bzw. zum völligen Erliegen gebracht. Bestimmt hat der ein oder andere diesen Stillstand genossen. Bestimmt hat der ein oder andere die Zeit zum Verschnaufen gebraucht. Bestimmt war das ein oder andere sogar zu viel. Doch irgendwann wird und muss es wieder weiter gehen! Irgendwann werden wir ins Vereinsleben zurückkehren dürfen, wie auch immer. Für diese bevorstehenden Aufgaben, einen Neustart, vielleicht sogar einen Umbruch, ein Umdenken, eine Neuorientierung, da braucht es Menschen, die mit Freude und Schwung, mit Begeisterung und Ideen, gemeinsam anpacken und nach vorne schauen und somit aktiv unsere Vereine auch künftig attraktiv gestalten und am Leben erhalten.

Leider wird es immer schwieriger hierfür Menschen zu finden bzw. zu motivieren. Aus beruflichen Gründen nicht ständig präsent zu sein, keine festen Arbeitszeiten, Familie, Angst um mangelnde Freizeit, nicht selbstbestimmt leben zu können, Verpflichtungen einzugehen, Verantwortung zu übernehmen sind nur einige Gründe, die gegen ein ehrenamtliches Engagement sprechen und als die häufigsten Contra-Argumente aufgeführt werden. Die „Jammer-Gesellschaft“ trägt das Übliche dazu bei!

- Heute muss ich schon wieder...
- Mich freut es gar nicht...
- Bei diesem schönen Wetter...
- Du hast es schön, du brauchst ja nicht...

- Der hat..., Die hat..., Das hat nicht gepasst...
- So viel Zeit verschwenden...
- So gewinnen weder Vereine noch sonstige Institutionen Leute, die sich bereit erklären, wichtige Ämter zu übernehmen.

Ehrenamt macht Freude und bereichert das Leben, auch so könnte und sollte man es sehen! Ja, ich nehme die Wahl an und freue mich auf die Jahre, die ich im Ehrenamt arbeiten darf. Ich bin in der glücklichen Lage, mit motivierten Leuten, die vor Ideen nur so sprudeln, zusammenzuarbeiten. Wir alle dürfen, und ich sage bewusst dürfen, einen „Verein“ für einen kurzen Augenblick führen, leiten, beleben und bestärken! Wir dürfen vorleben, vermitteln, Freude bereiten, Ideen einbringen. Die Zukunft, den Erhalt sichern, ist für einen „Augenblick“ unsere Aufgabe. Schön, wenn man dazu beitragen kann, die Finanzen zu regeln, das Vereinsleben zu dokumentieren, Kinder und Jugendliche zu begeistern und zu unterweisen, aktiv den Verein zu vertreten und durch das Organisieren von Gemeinsamkeiten die Gemeinschaft zu fördern. Wir dürfen etwas zurückgeben, etwas, für das sich vielleicht schon unsere Eltern und Großeltern eingesetzt haben. Etwas, das ein Teil unserer Wurzeln sein könnte. Etwas fortführen, von dem wir vielleicht auch schon profitiert haben. Wir sind gewählt und haben ein Amt übernommen, um nun mit Freude an diese Aufgabe zu gehen, mit Idealismus, nicht mit Jammern und Egoismus. In den vielen Jahren, die ich bereits im Ehrenamt arbeite, durfte ich lernen, dass man mit motivierten Leuten, die ebenfalls vor Ideen sprießen und sich einbringen, viel Freude am Ehrenamt haben



Die Übernahme eines Ehrenamtes funktioniert nur, wenn die ganze Familie dahintersteht.

kann. Gemeinsame Erfolge, Neuerungen, über den „Tellerrand“ schauen, Meinungen, Diskussionen und Austausch, etwas bewegen zu können, ein guter Zuspruch sind nur einige Beispiele. Es kann also durchaus Spaß machen, etwas aktiv für eine Gemeinschaft, für Heimat, Natur, Dorf, Brauchtum, Musik, Glaube usw. zu tun, zu leben und den nötigen Respekt dafür aufzubringen. Wie gesagt, aktiv und verantwortlich, für einen Augenblick, der jeweiligen Amtszeit.

Packen wir also motiviert und mit viel Freude am „Schanzei“ an und werden uns unserer Aufgaben bewusst. Bringen wir uns ein und bereichern das Vereinsleben. Öffnen wir die Augen und helfen uns gegenseitig. Sammeln wir Erfahrung! Diese dienen nicht nur dem Verein, den Mitgliedern, sondern sie bedeuten auch einen nicht zu unterschätzenden Mehrwert in unserem eigenen Leben. Motivation und Begeisterung sind ansteckend, Freude kann mitreißen! Leben wir diese Eigenschaften vor, wird sich das auf den ganzen Verein niederschlagen

Für mich habe ich folgenden Leitspruch als Wegweiser für das Ehrenamt. „Ich bin nicht enttäuscht, eine „Schlacht“ zu verlieren, aber ich wäre traurig, sie nicht geführt zu haben!“ In diesem Sinne wünsche ich allen eine gute Hand im Ehrenamt, kremeln wir die Ärmel auf und packen an.

Bericht und Bild: Brauchtumswartin im Chiemgau Alpenverband Anja Voit

Den Blick nach vorne richten

Die unselige Pandemie hat uns alle sehr viel Kraft und Nerven gekostet. Es ist an der Zeit, jetzt den Blick wieder nach vorne zu richten und sich auf die schönen Dinge des Lebens zu freuen. Das gilt natürlich auch für die Kreisverbände des Bayernbundes, die wir gebeten haben, uns ihre Planungen und Überlegungen für dieses Jahr mitzuteilen.

Konkret plant der Kreisverband Oberland seine traditionelle Maianacht am 19. Mai (siehe auch die gesonderte Ankündigung).

Der Kreisverband Rosenheim organisiert am 28. Mai 2021 um 19:00 Uhr eine Maianacht im Rieder-Gar-

ten zu Rosenheim, ein Tirolerisch-Baierisches Treffen in Mariastein/Tirol am 2. Oktober und eine Tassilofeier am 11. Dezember um 15:15 Uhr im Münster zu Frauenwörth.

Beim Kreisverband Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen laufen die Vorgespräche für eine Jahreshauptversammlung und den traditionellen Gedenkgottesdienst für die verstorbenen Mitglieder.

Beim Landesverband laufen die Abstimmungsgespräche mit der Staatskanzlei für den Festakt und Staatsempfang anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Bayernbundes am 18. Mai 2021. Ministerpräsident Dr. Markus Söder wird dabei dem Bay-

ernbund eine Ehrenstandarte überreichen. Dazu ergehen gesonderte Einladungen.

Für den 11. September plant der Bayernbund seine Landesversammlung in Altötting. Um 10:00 Uhr findet ein Gottesdienst mit der Weihe der neuen Standarte statt. Die Landesversammlung beginnt nach dem gemeinsamen Mittagessen um 13:30 Uhr.

Es ist deutlich erkennbar, dass von den Kreisverbänden zunächst in erster Linie Freiluftveranstaltungen angegangen werden, um das Infektionsrisiko zu minimieren. Natürlich stehen alle Planungen unter dem allgegenwärtigen Pandemie-Vorbehalt. ■

Termine

Donnerstag 6.5.2021, 15:00 Uhr
Landesvorstand

mit Kreisvorsitzenden

Donnerstag 10.6.2021, 15:00 Uhr
Landesvorstand

mit Kreisvorsitzenden

Donnerstag 15.7.2021, 15:00 Uhr
Landesvorstand

mit Kreisvorsitzenden

Samstag 11.9.2021

10:00 Uhr, Festgottesdienst mit
Standartenweihe, anschl.

gemeinsamer Mittagstisch

13:30 Uhr, Landesversammlung im
Kultur- und Kongressforum

Ort: Altötting

Mittwoch 20.9.2021, 16:00 Uhr

Landesvorstand mit

Kreisvorsitzenden, Ort: München

Donnerstag 25.11.2021, 15:00 Uhr

Landesvorstand

mit Kreisvorsitzenden

**Zu allen Terminen erfolgen
persönliche Einladungen.**

**Die Einladung zur
Landesversammlung erfolgt über
die Weiß-Blau Rundschau.**

Redaktionsschluss Abgabe WBR: 6. Juni 2021

Veranstaltungshinweis

Der Bayernbund Kreisverband Oberland lädt alle Mitglieder und interessierten Bürger (wenn es die Corona-Situation zulässt) ein zur

Traditionellen Maianacht des Bayernbundes an der Hofkapelle der

Familie Bichlmaier, auf der Bürg, Gemeinde Warngau, am Mittwoch, den 19. Mai 2021 um 19.00 Uhr

Musikalische Umrahmung durch die „Parsberger Sänger“ und eventuell der Jugendmusikgruppe des Gymnasiums Miesbach.

Bitte beachten Sie die Ankündigung in der Heimatzeitung und unter www.bayernbund-oberland.de.

Dort erfahren Sie, ob und unter welchen Bedingungen die Maianacht stattfindet.

Wege durch die Unterwelt

von Dr. Edgar Forster

Im Jahre 2005 feierte die große Kreisstadt Dachau ihr zwölfhundert-jähriges Bestehen. 805 war die erste urkundliche Erwähnung von Dachau. Natürlich bereitete die heutige Große Kreisstadt dieses Fest mit vielen Feiern und kulturellen Höhepunkten vor.

Hier soll vom Beitrag des Bayernbunds die Rede sein. Der Vorschlag lautete, eine Führung durch die alten Dachauer Bierkeller zu veranstalten und diese Besuche in einen Zusammenhang mit der früheren wirtschaftlichen Tätigkeit, der kommunalen Politik und der Funktion der katholischen Kirche zu stellen. In alten Zeiten war der gesamte Dachauer Altstadtberg unterkellert und mit Gängen untereinander verbunden.

Die inhaltliche Organisation der Führung planten die Bayernbund-Mitglieder Edgar Forster und Sebastian Leiß, die auch die Leitung übernahmen. Die Teilnahmegebühr betrug 20 EURO. Inklusive waren kleine Brotzeiten mit einem Quartal Bier in jedem der besuchten Wirtshäuser.

Jeden Freitagabend startete eine Gruppe von ca. 30 Interessierten am Rathausvorplatz, wo die historischen Grundlagen erklärt wurden. Sodann marschierte man zum Biwi, dem Kochwirt (Enkel Markus Erhorn), wo die Grundlagen des bayerischen Wirtshauswesens, aber auch die Geschichte des Hauses bierhaltig geschildert wurden. Der Kochwirt war um 1900 das Arbeiterwirtshaus. Um 1800 war es Eigentum von Vorfahren von Hans Jochen Vogel.

Nächster Besichtigungspunkt war die Außenwand von St. Jakob mit der Erklärung der Grabtafeln der Wirte, Bierbräu, Ratsherren und Bürgermeis-

ter des alten Dachau. So folgte als nächste Sehenswürdigkeit der alte Rathaussaal mit der Renaissance-Holzdecke von 1560 und den Ölbildern früherer Bürgermeister. Das Selbstverwaltungssystem des herzoglichen Marktes wurde aufgezeigt und der Einfluss der Wirte und Bräu herausgestellt, die über Jahrhunderte den Markt Dachau regierten.

Im Zieglerbräu konnte man die früheren Mälzerei-Gewölbe besichtigen und hörte, dass die früheren Inhaber Bürgermeister und Landtagsabgeordnete waren. Mitglied im letzten Volltag von 1669 war der damalige Inhaber Stephan Heigl, Jakob Ziegler MdL um 1830. Ludwig Thoma war hier Stammgast und mit Eduard Ziegler auf der Jagd im Dachauer Land.

Nun ging es in die Unterwelt zum Hörhammerstadel mit seinen weitläufigen Brau- und Lagerkellern und Gängen zum Hörhammerbräu bis an den Rand der Dachauer Leiten. Auf einer Tafel ist verzeichnet, dass König Max I. 1806 sein erstes Sylvester als bayerischer König hier gefeiert hatte.

Auf der Treppe der St. Jakobskirche wurden die gegenüberliegenden ehemaligen Brauhäuser Rotten-Bräu und Birgmannbräu mit den unterirdischen Verbindungsgängen geschildert.

Und schon tauchte man ein in den Brau-Keller des Unterbräu. Dieses Bräuhaus beschrieb Ludwig Thoma in seinen Werken mit lustigen Szenen als typisches Bauernwirtshaus. Auch hier gab es Gänge zum Zieglerbräu, bzw. später Brauerei Schloßberg. Abschluss des Rundmarsches war das älteste Haus der Dachauer Altstadt, Bäckerei und Café Teufelhart. Die Begrüßung erfolgte durch Willy Teufelhart jun., in der 4. Generation Mitglied im Stadtrat.



Unterbräu

Die Altstadt-Führung endete meistens gegen Mitternacht. Hervorzuheben ist, dass der längste Rundgang bis um vier Uhr früh dauerte; es war der Katholische Frauenbund. Die Führungen fanden von 2005 bis zum Frühjahr 2014 statt, dann wurden sie nach der Kommunalwahl von der Stadt Dachau verboten. Seither fragen immer noch Bürger nach dieser Kulturveranstaltung, ob sie noch stattfindet und gebucht werden kann. Es gab Kellerbegehungen für Geburtstagsgruppen, Hochzeiten, Vereine usw. Jeden Freitag fanden Führungen statt, d.h. im Jahr ca. 50 Führungen. Die Besucherzahlen aus dem westlichen Oberbayern und München darf man auf ca. 15.000 Besucher einordnen.

Ein weiteres Ergebnis dieser Kulturarbeit waren Bücher und Artikel:

Edgar Forster, Der Kochwirt, Geschichte(n) eines bayerischen Wirtshauses, München 2001, 2. Auflage

Edgar Forster, Luja und Prost, Von bayerischer Biergaudi und Wirtshäusern, München 2004

Andreas R. Bräunling, Edgar Forster, Robert Gasteiger, Joseph Rieger, Bier, Brauereien und Volksfest in Dachau, Dachau 2006, 2. Aufl. 2009

Edgar Forster, Sebastian Leiß, Dachaus Altstadt, Kommunale Studie über Wohnen, Kultur, Gastronomie, Wirtschaft und Wirtschaftsgeschichte, Forschungsarbeit Geschichte, München 2014.

Eine Reihe von Artikeln finden sich in der Dachauer Presse und in der Historischen Zeitschrift Amperland über die in den Dachauer Wirtshäusern ansässigen Künstler, Maler und Dichter. ■

Ein wichtiger Hinweis auf die heimatliche Baukultur im südlichen Bayern

Katharina Hindelang hat nach intensiver Begegnung mit den Zeugnissen heimischer Bau- und Handwerkskunst ohne viele Worte, aber mit sicherem Gespür für sprechende Bilder ausgedrückt, was ihr und uns allen Heimat bedeutet. So schreibt Kreisheimatpfleger Helmut

Schmidbauer im Geleitwort zum Buch „Bäuerliche Hauskultur – Steingaden und Umgebung“. Auf 128 Farbseiten im großzügigen Format 28*28 cm hat die gebürtige Steingadenerin alte Bauernhäuser – unter anderem in Gagra, Litzau und Sandgraben – mit ihren individuell

und kunstvoll gestalteten Haustüren und Fenstern, mit dem reichen Giebelbündwerk und den hoch oben angebrachten Zeichen der Frömmigkeit dargestellt.

Das Bauernhaus musste dem Wetter standhalten, Menschen und Tiere vor Kälte und Hitze schützen. Es musste den Gegebenheiten angepasst sein und langlebig, denn das Leben war karg und hart.

Was dabei mit großer handwerklicher Kunst aus Stein und Holz geschaffen wurde, nötigt uns Respekt und Bewunderung ab.

Das Buch bietet eine hervorragende Möglichkeit, das Verständnis und die Wertschätzung der Leser für die Schönheit des bäuerlichen Kulturguts zu wecken und zu stärken, lobt Dr. Vinzenz Dufter vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege.

Katharina Hindelang möchte mit ihrem Bildband diese Kultur sichtbar machen, um sie zu schätzen und zu bewahren. Das Buch soll auch die Leser anregen, ihre Umgebung neu wahrzunehmen. Das erste Exemplar überreichte sie kürzlich Max Bertl, dem Steingadener Bürgermeister, der von dieser Dokumentation begeistert war. ■



Erhältlich im Buchhandel und
beim BAUER VERLAG
www.verlag-bauer.de
Hardcover
22 Euro
ISBN 978-3-95551-120-3

Leserbrief

In Ihrem letzten Heft haben Sie eine schöne Würdigung meines Urgroßvaters, des Malers Franz v. Defregger, veröffentlicht, für das ich Ihnen, auch im Namen unserer Familie, herzlich danke. Ich darf Sie bitten, meinen Dank an den Verfasser dieses Beitrags zu übermitteln.



Leider ist wegen Corona derzeit ein Besuch in Innsbruck noch mit Schwierigkeiten verbunden, aber die Ausstellung wurde jetzt um einen Monat bis Mitte Mai verlängert, so dass ein Besuch trotz Corona bis dahin wohl möglich erscheint.

Anbei ein Selbstbildnis des Malers im Alter von ca. 50 Jahren. Was vielleicht wenig bekannt ist: Er war zwar als Nachfolger von Prof. Karl v. Piloty ab 1878 über 30 Jahre als Professor für Historienmalerei an der Münchner Akademie tätig, aber die Historienbilder (Andreas Hofer Aufstand gegen Napoleon u.ä.) nehmen nur einen kleinen Teil seines Schaffens ein. Vielmehr war er ein bevorzugter Porträtmaler, wie sein Selbstbildnis zeigt. Er hat etwa 1500 Portraits (überwiegend Bauernmädchen) gemalt, 400 Gruppenbilder, 80 Familienbilder und nur ca. 70 Historienbilder.

Herzliche Grüße,
Dipl. Ing. Franz Defregger



Weiß-Blau Rundschaue im Abonnement

Liebe Freunde unserer Weiß-Blauen Rundschaue, gerne können Sie unsere Zeitschrift in Form eines Abonnements an Freunde, Bekannte und Interessierte verschenken. Sie bezahlen für 6 Ausgaben eines Jahres 12,- Euro und erhalten einen Geschenkgutschein (mit Option auf Verlängerung).

*Infos und Unterlagen bei unserer Landesgeschäftsstelle:
Email: postfach@bayernbund.de
Telefon: 08031/9019140
Fax: 08031/9019189*

Weiß-Blau Rundschaue
Bayerische Zeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

Herausgeber

Die Weiß-Blau Rundschaue ist das offizielle Organ des Bayernbund e. V.
Telefon: 08031/9019140
Telefax: 08031/9019189
E-Mail: postfach@bayernbund.de

Redaktion

Landesvorstand des Bayernbund e. V.
Leitender Redakteur Fritz Lutzenberger,
Wilfried Funke
Münchener Straße 41
83022 Rosenheim
Telefon: 08031/9019140
Telefax: 08031/9019189
Email: redaktion.wbr@bayernbund.de

Der Bezugspreis für Mitglieder des Bayernbund e. V. ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Preis Einzelheft: 2,- €
Jahresabonnement (6 Ausgaben): 12,- €

Bankverbindung

Volksbank Raiffeisenbank
Rosenheim-Chiemsee eG
Konto-Nr.: 5772710
BLZ: 71160000
BIC: DENODEF1VRR
IBAN: DE22711600000005772710

Druck

Rapp-Druck GmbH
Kufsteiner Straße 101
83126 Flintsbach

Grafische Gestaltung

SKS Fotosatz GmbH
Kufsteiner Straße 101
83126 Flintsbach

Verlag und Anzeigen

Bayernbund e. V.
Münchener Straße 41
83022 Rosenheim

Einsendungen an

Landesgeschäftsstelle Bayernbund e. V.
Münchener Straße 41
83022 Rosenheim
Telefon: 08031/9019140
Telefax: 08031/9019189
Email: redaktion.wbr@bayernbund.de
Alle Beiträge per E-Mail oder auf CD.
Bilder auf Papier (digitale Bilder bitte mit 300 dpi Auflösung).
Redaktionschluss: 6. April 2021
(Ausgabe April / Mai 2021)



ERLEBNIS CHIEMSEE



— PENDELVERKEHR

Gerade Lust auf Chiemsee? Egal wann!
Die Chiemsee-Schifffahrt bringt Sie
an 365 Tagen zu Herren- und Fraueninsel
Fahrpläne dazu finden Sie unter:
www.chiemsee-schifffahrt.de



— CHIEMSEEBAHN

Heute schon gedampft? Eine Fahrt mit der Dampftrambahn
aus dem Jahr 1887 rundet ihr Chiemsee-Erlebnis ab.
Darf es Erste oder Zweite Klasse sein?



— GRUPPENANGEBOTE

Mit Freunden oder Gästen zum Chiemsee? Wir unterstützen Sie bei
der Planung Ihrer Gruppenreise. Anruf genügt: 08051 6090.

— VERANSTALTUNGEN

Darf es was Besonderes sein? Bei uns finden Sie Ihr passendes Schiff mit
besonderem Ambiente. Die traumhafte Kulisse des Chiemsees inklusive.

CHIEMSEE
SCHIFFFAHRT

